

2021
75 Jahre vhw

BEITRAGSÜBERSICHT

Lange Linien

75 Jahre Engagement für die Gesellschaft	6
Prof. Dr. Jürgen Aring, Dr. Peter Kurz	
Mit Kontinuität und Wandel durch 75 Jahre	10
Bernd Hallenberg	
Die Verbandspolitik im Kontext von gesellschaftspolitischer Entwicklung	20
Interview: Zwischen Gewichtheben und Ballett	22
Reinhart Chr. Bartholomäi, interviewt von Dr. Frank Jost	
Sechs Jahrzehnte vhw – Erinnerungen	25
Peter Berberich	
Interview: 20 Jahre „Preis Soziale Stadt“	28
Herbert Jaspert, interviewt von Dr. Frank Jost	
Weggefährten des vhw erinnern sich	31
Prof. Dr. Klaus Borchard, Helmut Mäule	
Verbandsentwicklung durch kreativen Diskurs	35
Prof. Dr. Jürgen Aring und Peter Rohland im Gespräch mit Dr. Frank Jost	
Interview: Am Puls der Zeit	41
Dr. Peter Kurz, interviewt von Dr. Frank Jost	
Die Verbandszeitschrift des vhw: ein Forum für alle, die Stadt gestalten	43
Dr. Frank Jost	
Verbandstag – Jahreshighlight zum Austausch und Netzwerken	44

Fortbildung

... ach, die mit den guten Veranstaltungen 46

Henning Dettleff

Interview: Fortbildung im vhw – damals und heute 52

Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus, interviewt von Ruby Nähring

vhw regional

Der vhw regional in Baden-Württemberg 55

Rainer Floren

Der vhw regional im Saarland 57

Detlef Loch

Der vhw regional im Osten 59

Eleonore Papenhagen

Kompetenz wirkt

Aus der Sicht einer Dozentin 61

Prof. Dr. Angela Dageförde

Aus der Sicht einer langjährigen Teilnehmerin 62

Gabriele Pohl

Aus der Sicht eines langjährigen Teilnehmers 63

Michael Flohr

Kompetenz im Städtebaurecht 64

Dr. Diana Coulmas

Forschung

Brücken bauen zwischen Theorie und Praxis (vice versa)	66
Dr. Olaf Schnur, Dr. Thomas Kuder	
Steter Wandel	75
Dr. Olaf Schnur, Dr. Thomas Kuder, Ruby Nähring, Dr. Frank Jost interviewt von Laura Marie Garbe	
Über den Tellerrand geschaut	79
Dr. Thomas Kuder	
<i>Blicke von Begleitern</i>	
Das Kuratorium als wissenschaftlicher Beirat	81
Prof. Dr. Heidi Sinning	
Dem vhw zum 75. Geburtstag	82
Prof. Klaus Wermker	
Der vhw – eine intellektuell anspruchsvolle Institution	83
Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert	
Am Anfang standen die Fragen	84
Ute Krüger	
Lass es Vahr werden! Ein Beteiligungsprojekt zur Leitbildentwicklung in Bremen	85
Jörn Ehmke	
Partizipations-Know-how aus chilenischer Perspektive	86
Prof. Dr. Elke Schlack	
Zwischen Avantgarde und Wissenstransfer	87
Frauke Burgdorff	
Verbandsarbeit ist Mannschaftssport	88

75 Jahre Engagement für die Gesellschaft

Jubiläen sind Anlässe zum Feiern, zum Zurückblicken und zum Einordnen. So macht es auch der vhw im Jahr 2021, wenn der Verband auf sein 75-jähriges Bestehen schaut. Die Gründung des Deutschen Volksheimstättenwerks – so der ursprüngliche Name des Verbandes – war eine Reaktion auf die Wohnungsnot und das Leid der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Zerstörungen des Bombenkriegs, viele entwurzelte Menschen ohne eigene Wohnung und fast 12 Mio. Geflüchtete machten das Wohnen – wieder einmal – zu einer ganz wichtigen sozialen Frage, deren Lösung enormes politisches und finanzielles Kapital erforderte, das über Jahrzehnte bereitgestellt werden musste. Deshalb gibt es den vhw. Wenn wir die Gründung auf einen Tag fixieren wollen, dann ist es der 1. Dezember 1946, als das Deutsche Volksheimstättenwerk unter der Nummer 415 in das Vereinsregister der Stadt Bielefeld eingetragen wurde.

Die Dringlichkeit und Wichtigkeit der Aufgabe 1946 lässt sich auch am politischen Kapital erkennen, das für die Gründung aufgebracht wurde. Einige Namen aus dem Gründungsprozess sind auch heute noch präsent. An Paul Löbe (SPD), Reichstagspräsident 1925-1932, erinnert in Berlin das mit dem Reichstagsgebäude verbundene Paul-Löbe-Haus, in dem viele Abgeordnete des Bundestages ihre Büros und Besprechungsräume haben. Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU) zog 1949 in den Bundestag ein und wurde später der am längsten amtierende Bundestagspräsident (1954-1969). Für die kommunale Seite stand Johann Görlinger, zeitweise Kölner Oberbürgermeister (1948/49 und 1950/51). Auch Wohlfahrtsverbände waren eingebunden: die katholische Seite über die Caritas, die protestantische Seite über das Hilfswerk der evangelischen Kirche sowie die Arbeiterseite über die Arbeiterwohlfahrt. Und last but not least weisen wir auf Johannes Lubahn hin, der sich – als Schüler



Prof. Dr. Jürgen Aring
Vorstand vhw



Dr. Peter Kurz
Vorsitzender des
vhw Verbandsrates,
Oberbürgermeister der
Stadt Mannheim

Nummer des		Vereinsregisters
1	2	3
Name und Sitz des Vereins	Satzung	Vorstand
Deutsches Volksheimstättenwerk Bielefeld	Die Satzung ist am 1. Dezember 1946 erichtet	Vollwart Erich Lubahn in Bielefeld Blatt 7 der Akten, den 2. März 1947
		Bürgermeister Robert Görtinger in Korb Siedl. - Genossenschaft & seit dem Vorstands- genuss § 29 B. G. B. bis 30. April 1949 Anschrift: Blatt 20 der Akten, den 2. November 1949
		Erich Lubahn in Bielefeld ist am dem Vorstand angeschlossen. Blatt 25 der Akten, den 14. Februar 1949. Sitz im
		Die Bestellung des Vorstandsmitglieds Robert Görtinger Korb - Siedl. Genossenschaft nach Art. 8. zum Vorstand gem. § 29 in die am 1. Okt. 1949 verlängert. Blatt 28 der Akten, den 26. April 1949 Sitz im
	Die Satzung ist am 13. September 1949 neu erichtet.	1. Vorsitzende: Korbsiedlungs-Genossenschaft Robert Görtinger in Korb - Siedl. 2. Vorsitzende: Volkshausverwaltung Dr. Fritz Gensheimer in Bielefeld Vollwart: Fritz Gensheimer a. d. Joch Bielefeld - Bielefeld Blatt 39 der Akten, den 4. Februar 1949 Sitz im

- 1. Dezember 1946, Eintragung des Vereins „Deutsches Volksheimstättenwerk“, Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe, D 23 Bielefeld Nr. 1538

des prägenden Bodenreformers der Kaiserzeit Alfred Damaschke – zeit seines Lebens gegen Bodenspekulation und für bezahlbaren Wohnraum eingesetzt hatte. Lubahn wurde 1947 auch erster Geschäftsführer des Deutschen Volksheimstättenwerkes.

Man sieht, es war ein gesellschaftlich breit aufgestelltes Bündnis an Akteuren, die das Volksheimstättenwerk in die Welt setzten. Gemeinsam war ihnen die große Distanz zum Nazi-Regime und zum Kommunismus. Die Zusammensetzung der treibenden Kräfte erklärt auch, warum der Verband die Wohnungsnot nach dem Krieg vorrangig auf eine ganz bestimmte Weise lösen wollte, nämlich über die Förderung von Heimstätten, also von selbstgenutzten Siedlungshäusern. Das kleinteilige selbstgenutzte Wohneigentum wurde nicht nur profan als individuelle Stabilisierung und Kapitalbildung gesehen, sondern auch als Bollwerk gegen den Kommunismus bzw. Sozialismus sowjetischer Prägung.

Der große amerikanische Architekt und Stadtplaner Frank Lloyd Wright dachte im Übrigen genau so. In der 1945 erschienenen Stadtutopie „When democracy builds“, die sich als Gegenthese zu den stadttutopischen Vorstellungen Le Corbusiers (Ville Contemporaine, 1922) verstand, setzte er explizit auf das selbstgenutzte eigene Grundstück als Grundbaustein der Stadtentwicklung – allerdings in US-amerikanischen Dimensionen und nicht in Parzellen für Heimstätten, wie in Deutschland. Gleichwohl erkennt man, wie sehr in der damaligen Zeit städtebauliche Lösungsvorstellungen mit politischen Positionierungen verbunden waren.

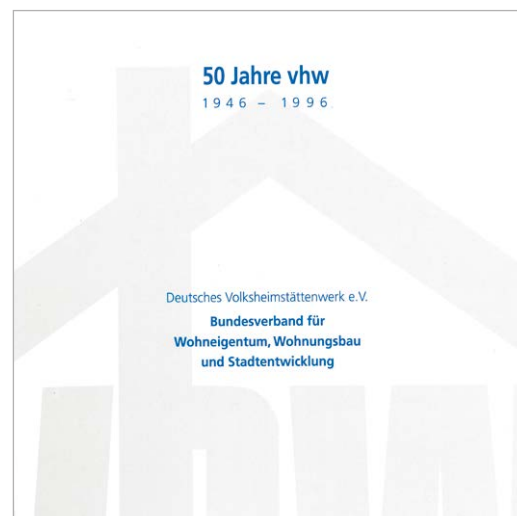
Soweit die Anfänge 1946, die mittlerweile weit zurückliegen. Neben dem Kürzel „vhw“ ist das Engagement für gesellschaftliche Herausforderungen, für das der Verband steht, geblieben. Ziele, Struktur und Erscheinungsbild haben sich hingegen in den letzten Jahrzehnten enorm verändert, wie wir in diesem Geburtstagsbuch darstellen.

Die 75jährige Geschichte zeigt unseren Verband mit zwei ganz unterschiedlichen Ausrichtungen: Ein „erstes Leben“ als Verband zur Überwindung der Wohnungsnot und der Stärkung des Wohneigentums, wie er 1946 geschaffen wurde und für 50, 60 Jahre wirkmächtig war. Ein „zweites Leben“, das sich dem Ideal verpflichtet, sich mit den zwei Säulen Fortbildung und Forschung für die Leistungsfähigkeit der Kommunen, eine vielfältige Bürgergesellschaft und die Stärkung der Lokalen Demokratie einzusetzen. Darin steckt vom Ende der 1990er Jahre bis zur neuen Satzung 2010 ein Jahrzehnt der Findung und Neupositionierung.

Die „erste Geschichte“ ist in der Jubiläumsschrift von 1996 „50 Jahre Volksheimstättenwerk“ detailliert dokumentiert. Vor diesem Hintergrund legt die vorliegende Publikation den Schwerpunkt vorrangig auf die letzten 20 bis 25 Jahre, in denen der Verband zu der Struktur gefunden hat, die ihn heute als „vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung“ prägt. Es ist nicht nur die Zeit der Neuformulierung von Verbandszielen und Satzungszwecken, es ist gleichsam die Zeit der Suche nach neuen Partnern und Verbündeten sowie der Neupositionierung in der deutschen Verbändelandschaft.



■ Typische Siedlungshäuser der 1950er und 1960er Jahre



■ Das vhw – der vhw: Übergang zum Bundesverband 1996

Ein Großteil der Akteure, die den „Tanker vhw“ auf den neuen Kurs in Richtung Bürgerorientierung und Lokale Demokratie in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung gebracht hat, ist noch „an Bord“ und begleitet den Verband aktuell in unterschiedlicher Funktion und in diversen Gremien auf diesem neuen Kurs. Diese Akteure sollen in dieser Broschüre zu Wort kommen und damit die Geschichte des Verbandes lebendig machen. Allen, die ihre Erinnerungen aufbereitet haben und uns bei der Erstellung dieses Buches unterstützen, sei herzlich gedankt.

Mit unserem Jubiläumsjahr 2021 wird fortan auch immer die Coronapandemie verbunden bleiben, und auch wenn derzeit – zum Zeitpunkt der Drucklegung – alle Zeichen erst einmal auf Entspannung stehen, ist uns allen noch die Zeit der Restriktionen und Einschränkungen vor Augen. Unser Verband musste die pandemiebedingten Herausforderungen meistern. Dies alles ist einem starken Team zu verdanken, dem wir an dieser Stelle ebenfalls unseren Dank aussprechen möchten. Sie sehen: Der vhw lebt durch Personen, die sich aktiv engagieren, sei es auf der politischen, gesellschaftlichen oder professionellen Ebene – und dies schon seit 75 Jahren. Vor diesem Hintergrund wünschen wir Ihnen viel Spaß bei der Lektüre unserer kleinen Jubiläumsschrift.



*Prof. Dr. Jürgen Aring
Vorstand vhw*



*Dr. Peter Kurz
Vorsitzender des
vhw-Verbandsrates*

Mit Kontinuität und Wandel durch 75 Jahre

Von der sozialen Wohneigentumsförderung über die Bürgerorientierung bis zur Transformation der Städte

Als der Verband im Jahr 1996, damals noch als „Deutsches Volksheimstättenwerk e.V.“, sein 50jähriges Bestehen feierte, war noch nicht absehbar, dass es im folgenden Vierteljahrhundert zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel in seiner Ausrichtung und Zielsetzung kommen würde. Die Anpassung an vielfältige, teilweise grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und neue Rahmenbedingungen sowie ein breiteres Aufgabenspektrum in den Bereichen Wohnen und Stadtentwicklung ließen die Neuausrichtung in den 2000er Jahren mit einer angepassten Satzung jedoch als dringend geboten erscheinen.

Gleichwohl bedeutete diese Neuorientierung keineswegs eine vollständige Abkehr von den früheren Zielen des Verbandes. Besonders deutlich wird dies beim Thema „Reform der Bodenpolitik“, das auch in den 2020er Jahren einen Eckpfeiler der verbandspolitischen Agenda bildet – wenngleich unter veränderten Vorzeichen, da sich der Fokus auf die Wohnungsversorgung in den Städten verschoben hat. Auch die soziale bzw. Gemeinwohl-Orientierung zieht sich als „roter Faden“ durch die lange Geschichte des Verbandes.

Insofern kann nach 75 Jahren durchaus von „Kontinuität und Wandel“ in der Entwicklung des vhw gesprochen werden: immer am „Puls der Zeit“ und doch durchgängig von fortbestehenden Grundprinzipien geleitet, zu denen nicht zuletzt die parteipolitische und ideologiefreie Unabhängigkeit gehören, die dem Verband eine weitgehende Handlungsfreiheit gesichert haben.



■ Eigentum im Wertewandel – Der Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen auf dem Verbandstag 1996

§ 3 Ziele und Aufgaben des Verbandes

(1) Der Verband dient ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken und Zwecken der Bildungsförderung durch Forschung, Lehre und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen den Akteuren auf den Wohnungsmärkten und bei der Entwicklung der Städte und Gemeinden zu verbessern. Hierbei wirkt der Verband darauf hin, die Voraussetzungen zu schaffen, die den Bürgern eine an ihren Vorstellungen und Bedürfnissen orientierte aktive und gestaltende Mitwirkung bei der Entwicklung der Wohnverhältnisse und bei der nachhaltigen Entwicklung der Städte und Gemeinden ermöglichen. Mittels der wissenschaftlichen Tätigkeit und der Bildungsförderung ist die am Leitbild der Bürgergesellschaft auszurichtende Weiterentwicklung des Wohnungswesens, des Städtebaus, der Raumordnung und der Umwelt zu betreiben und das Zusammenwirken aller am Bau-, Wohnungs- und Planungsgeschehen Beteiligten und Interessierten zu fördern.

■ Auszug aus der Satzung

Ein Blick zurück: Von der Nachkriegszeit bis zu den 2000er Jahren



Hauptziel des Verbandes für fast 60 Jahre war die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums, gerade für solche Haushalte und Familien, denen nur begrenzte Mittel zur Verfügung standen und die später oft als „Schwellenhaushalte“ bezeichnet worden sind.

Es ging dem Verband zunächst nicht primär darum, Wohnungen „um jeden Preis“ zu schaffen, sondern angesichts der Nachkriegssituation Lebensbezüge wieder zu stabilisieren und eine „krisenfeste Mittelschicht“ zu bilden. Damit sollte in den frühen Nachkriegsjahren vor allem eine erfolgreiche Integration der Vertriebenen, Flüchtlinge und Ausgebombten in die Gesellschaft erreicht werden.

Das Kernziel des vhw, die soziale Eigentumsförderung wie in § 2 der Satzung von 1946 festgelegt, bedeutete keineswegs eine ausschließliche Fokussierung der Verbandspolitik auf die direkte Eigentumsförderung, wie sie sich in mehreren Schritten bis 2006 herausbildete. Bis Mitte der 1990er Jahre dominierte die steuerliche Förderung über den 1949 eingeführten und mehrfach – etwa für den Erwerb von Zweifamilienhäusern oder Bestandsobjekten sowie durch eine Kinderkomponente – modifizierten § 7b des EStG sowie den 1987 an seine Stelle tretenden § 10 e EStG, durch den steuerliche Abzüge aufgrund des Eigentumserwerbs wie Sonderausgaben behandelt und zudem auf Geschosseigentum sowie Ausbau und Erweiterungen ausgeweitet wurden. Die 1996 eingeführte Eigenheimzulage, die 2006 auslief, und die Einbeziehung des selbstgenutzten Wohneigentums in die Riesterreente 2001 waren die beiden letzten Fördermaßnahmen, für die sich der vhw aktiv und im Verbund mit Bausparkassen und anderen Interessenverbänden einsetzte.

Von Beginn an engagierte sich der Verband, geführt und unterstützt von prominenten Persönlichkeiten aus (Fach-)Politik, Wissenschaft, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, gerade auch für die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen einer sozial orientierten Eigentumsbildung, insbesondere im Boden-, Bau- und Planungsrecht. Die Verbandsarbeit trug vielfältige Früchte, wie etwa durch die Verankerung der Eigentumsförderung im II. Wohnungsbau-gesetz von 1956, in dem als Ziel genannt wurde, „den Wohnungsmangel zu beseitigen und für weite Kreise der Bevölkerung breit-gestretes Eigentum zu schaffen.“ Durchgängig beteiligte sich der Verband an den fachlichen und politischen Diskussionen zur Ausge-

Deutsches Volksheimstättenwerk

Hauptgeschäftsstelle:
WIESBADEN
BLEICHSTRASSE 22

Postfachstellen: Frankfurt a. M. 14931
Köpenick No. 1165 und Berlin No. 15911
Bauverbindung: Städtische Landesbank
Wiesbaden, Konto No. 118777

Landesgeschäfte des Deutschen Volksheimstättenwerkes
Bayern: Augsburg, Langenmattstraße 17/E, Postfachkonto München 19731
Württemberg: Baden: Karlsruhe, Südfahrer 4, Postfachkonto Karlsruhe 19410
Hessen: Wiesbaden, Bismarckstr. 21, Postfachkonto: Frankfurt a. M. 14931
Nordrhein-Westfalen: Düsseldorf-Graefenberg, Anton-Pabst-Weg 10
Postfachkonto Köln 8477
Niederrhein: Göttingen, Herbergs Lander 24, Postfachkonto Hannover 19911
Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen:
Hamburg-Volksdorf A, Volksdorf Weg 9, Postfachkonto Hamburg No. 3188

Aufruf! Land und Heimstätten unserem Volke!

Auf dem I. Deutschen Volksheimstättenkongress in Wiesbaden am 7. Oktober 1947 standen mehr als 500 namhafte Vertreter deutscher Landesregierungen, Parteien, Gewerkschaften, des Wirtschaftsbaus, der Kirchen und freien Wohlfahrtsverbände der verschiedenen Zonen unter dem Deutschen Volksheimstättenwerk mit der Forderung: LAND UND HEIMSTÄTTEN für die Ausgebombten, Flüchtlinge, Schwerverwundeten, überlebte für alle Wohnungslosen, die Gewähr dafür bieten, einen Glauben pflichtlich zu behandeln und übernommenen Verpflichtungen nachzukommen.

Der stellvertretende Vorsitz sprach die folgende Hoffnung aus, daß das neue Deutsche Volksheimstättenwerk vorgehensweise „Ordnung zur Befriedung billigen Bodens und zur Schaffung von Volksheimstätten“ in aller Eile vom Heimstätten Landtag angenommen werde und daß sich die Wille für ein großes Ziel in allen Ländern durchsetzen. Landeshelfer Wurm, Kardinal Erzbischof Frings, der ehemalige Reichspräsident Paul Löbe und weitere führende Vertreter des liberalen Lebens beglückten uns mit ihren Wünschen.

Es handelt sich um eine Lebensfrage unseres Volkes. Die körperliche und seelische Not ist riesengroß. Heimstätten fördern Gesundheit, Charakter, Selbsthilfe und Familienbau, Gesundheit und Heilung. Zudem gilt es, in den deutschen Ländern Heimstättenorganisationen einzurichten, in denen später – auch durch Selbsthilfe – die Heimstätten errichtet werden können. Wir geben darüber den notwendigen Familien einen Ernährungsratschlag und vor allem Mut und Glauben für die Zukunft. Wir helfen damit, die von sich greifende Hoffnungslosigkeit abzuwenden und wollen uns und unser Volk durch Arbeit, Zuversicht und Sparsamkeit einer hellen Zukunft entgegenstellen.

Das Deutsche Volksheimstättenwerk ist politisch und konfessionell nicht gebunden. Es hält sich frei von jedem beherrschenden Zwang und will alle Persönlichkeiten und Organisationen zusammenführen, die guten Willen sind, uns zu helfen.

Das Deutsche Volksheimstättenwerk hat jetzt die Grundzüge einer guten Heimstättenorganisation vorgelegt. Wir rufen Geduldswarten in den einzelnen Ländern ein, um den Ziel, allen Notleidenden in der ersten Notlage nachzukommen, sich selbst zu helfen. Wir brauchen von all unseren Freunden und denen, die am Erfolg unserer Arbeit interessiert sind, zusätzliche Unterstützung.

Alle Organisationen, die Kindern, die Erwachsenen, Greisen und Gemeindefürsorge, alle Persönlichkeiten, die uns jetzt fordern, werden das Deutsche Volksheimstättenwerk seinem Ziele ein gutes Stück näher bringen.

WIR WOLLEN HILFEN, EHE ES ZU SPAT IST!

Wiesbaden, im Dezember 1947

DEUTSCHES VOLKSHIMSTÄTTENWERK

Fachb. Wilhelm, Sachverständiger D. Leiter des Heimstätten Lebensberatung, Wiesbaden Dorsheim
Grenzmann, Dr. Siegm. Oberkonsulent, Leiter der Heimstätten der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Stuttgart
Göllinger, Robert, Bürgermeister, Vorsitzender des Heimstättenrates der Arbeiter-Volkshäuser, Köln-Süd
Götsch, Robert, Präsident des Wirtschaftlichen Sparkassen- und Gemeindefürsorge
Jäger, Dr. H. Landau, Präsident-Mitglied des Deutschen Landtags, Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Wohnungs-wesen, Selbsthilfe und Heimstätten, Leipzig
Kreutz, Dr. B. Fritz, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg i. Br.
Luhmann, Johannes, Sachverständiger für Bodenrecht und Heimstätten, Hans-Johannsen bei Essen im Allgäu
Peters, Dr. Hermann, Vizepräsident, Bundesrat a. D., Vorsitzender des Deutschen Bausparkes, Köln

staltung des Bundesbaugesetzes von 1960 und des Städtebauförderungsgesetzes für formelle Stadterneuerungsmaßnahmen (1971), die 1987 im Baugesetzbuch zusammengeführt wurden. Allerdings war der Verband in seinen Bemühungen weniger erfolgreich, die soziale Bodenreform umzusetzen und in das Städtebaurecht einzubeziehen.

Insgesamt bleibt jedoch ein positives Fazit der langjährigen Unterstützung des vhw für die soziale Eigentumsbildung, welche neben der ordnungspolitischen auch immer stärker eine familienpolitische und vermögensbildende Zielsetzung erhielt, zu ziehen. Diese Grundorientierung führte völlig unterschiedliche Akteure aus Sozialverbänden, Wohnungswirtschaft, Bausparkassen oder Kirchen in der Verbandsarbeit zusammen.

Unterstützt wurde die Verbandsarbeit durch eine Reihe von Arbeitskreisen sowie wissenschaftlichen Publikationen und Arbeitshilfen namhafter Expertinnen und Experten und Mitgliedern der Gremien. Bis 1987 wurden fünfzig Untersuchungen, Referate und Ausgaben der Schriftenreihe veröffentlicht; weitere Arbeitskreisergebnisse und Dokumentationen sowie Arbeitshilfen, teilweise in Kooperation mit dem zuständigen Bundesministerium oder anderen Verbänden, schlossen sich in den folgenden Jahren an. Diese Fachveröffentlichungen werden bis in die Gegenwart fortgesetzt.

Bereits 1949 wurde – zunächst in Nordrhein-Westfalen – die Fortbildungstätigkeit eingeleitet, deren thematisches Spektrum sukzessive erweitert wurde und bis 1996 durchschnittlich fast 8.000 Teilnehmende pro Jahr zählen konnte, um dann bis 2018/2019 auf weit über 50.000 jährlich anzusteigen.

Bürgerorientierung, Partizipation und Gemeinwohl – die Neuausrichtung des Verbandes

Seit den 1990er Jahren bildete sich, zunächst parallel zur Eigentumsförderung, eine Neuausrichtung der Verbandsziele heraus. In dieser Zeit wurden neben einem zeitweisen Wohnungsmangel, der durch die Vereinigung und die Grenzöffnungen in Mittel- und Osteuropa ausgelöst wurde, weitere Faktoren wirkmächtig, so die sich ausdifferenzierenden Muster der Wohnungsnachfrage im Zuge der Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft. Hatte sich das Wohnungsangebot bislang die Nachfrage mehr oder minder selbst geschaffen, so wurde es nun erforderlich, differenziert auf die unterschiedlichen Bedürfnisse einzugehen. Parallel wurden durch Globalisierung und technische Innovationen Veränderungen in der Arbeitswelt relevant, die zu wachsenden regionalen Disparitäten, Strukturumbrüchen und gesellschaftlichen Verschiebungen beitrugen.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begann der Verband, sich aktiv mit den Erfordernissen auseinanderzusetzen, die sich aus veränderten Rahmenbedingungen von Wohnungsmärkten und Stadtentwicklung ergaben. Erster Schritt zur Neuorientierung war die

TÄTIGKEITSBERICHT 2005 - 2006

20.3.2014 2014

2. HALBJAHR 2005 / 1. HALBJAHR 2006

Bürgergesellschaft:
demokratische Gesellschaftsform,
welche durch aktive Teilnahme ihrer Mitglieder
am öffentlichen Leben gestärkt & weiterentwickelt
wird. getragen wird die BG durch das
freiwillige Engagement ihrer Akteure.

- Der Perspektivwechsel initiierte ein Ringen um Begrifflichkeiten, verschriftlicht im Tätigkeitsbericht 2005/2006

Einsetzung einer von Experten und Praktikern besetzten Arbeitsgruppe, die zum Verbandstag in Weimar 1999 einen Sammelband zum Thema einer besseren „Transparenz am Wohnungsmarkt“ vorlegte. Implizit wurde damit die Abkehr von der eindeutigen Fokussierung auf die Wohneigentumpolitik eingeleitet, auch wenn die Verbandsarbeit zunächst die Riesterrente und bis 2004 die Verlängerung der Eigenheimzulage einschloss.

In den 2000er Jahren wiesen verschiedene Anzeichen – wie eine rückläufige Wahlbeteiligung und eine steigende Zahl von Parteaustritten – auf eine zunehmende Abwendung und Unzufriedenheit von und mit Politik, Parteien und staatlichen Institutionen hin. Verstärkt wurde dieser Trend durch die Hartz-IV-Gesetze und die Finanzkrise 2008. Sorgenvoll wurde von vielen Bürgern die wachsende soziale Ungleichheit wahrgenommen, während sich parallel die Gesellschaft weiter individualisierte.

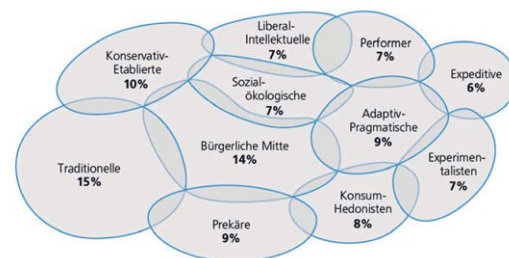
Der vhw zog aus diesen Entwicklungen die Folgerung, dass dem Bürger neue und erweiterte Möglichkeiten zur Mitwirkung gerade auch in Fragen von Wohnen und Stadtentwicklung gegeben werden müssten. Diese Überlegungen mündeten 2009 in der Vorlage eines neuen Leitbildes und, darauf aufbauend, in einer angepassten Satzung im gleichen Jahr sowie einer „Roadmap“ in 2011.

In der Periode seit Beginn der 2000er Jahre wurde zudem der eigene Forschungsbereich des Verbandes schrittweise ausgebaut, nachdem zuvor auf externe Expertinnen und Experten zurückgegriffen worden war. Ende der 2010er Jahre erhielt dieser Bereich seine heutige Gestalt. Zugleich wurden innovative Instrumente, wie vor allem die Milieuforschung, für die Verbandsarbeit nutzbar gemacht, um verstärkt mit Eigenleistungen die neuen Aufgaben angehen und realisieren zu können.

Kern der Neuorientierung sollte ein Gesellschaftsverständnis auf Basis einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Bürger sein. Der Staat solle überall dort die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung fördern, wo dies möglich sei, und sich bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben am Leitgedanken einer Stufung der Verantwortung zwischen Staat und Gesellschaft orientieren. Stadtentwicklung sollte künftig „vom Bürger her“ gedacht werden.



■ Die Roadmap 2011 – ein Baustein in der Neuorientierung



■ Sinus-Milieus als analytischer Zugang zur Stadtgesellschaft



■ Verbandstag 2012:
BürgerMachtStadt –
Kommunen als Rettungs-
anker der Demokratie

Der vhw wollte die Voraussetzungen schaffen, um den Bürgern eine an ihren Vorstellungen und Bedürfnissen orientierte, aktive und gestaltende Mitwirkung bei der Entwicklung der Wohnverhältnisse und der nachhaltigen Entwicklung der Kommunen zu ermöglichen. Die wachsende Vielfalt in den Stadtgesellschaften wurde dabei als Potenzial für ihre Zukunft betrachtet.

Die Neuorientierung in Richtung Partizipation wurde ab 2010 durch die Vorbereitung und Durchführung von deliberativen Beteiligungsverfahren in einer Reihe von Städten zu unterschiedlichen Themen der Stadtentwicklung umgesetzt, bei denen eine ergebnisorientierte Strukturierung der Verfahren und die Einbeziehung zuvor beteiligungsferner Gruppen im Vordergrund standen. Im Rahmen dieser Arbeit wurden in den Folgejahren Potenziale, aber auch Hürden und Hindernisse deutlich sichtbar, etwa bei der geregelten Einbeziehung von deliberativer Beteiligung in die Urban Governance – die zwischen repräsentativer und direkter lokaler Demokratie positioniert werden sollte.

Zudem wirkte sich eine deutliche Veränderung des gesellschaftlichen Klimas durch das Aufkommen des Rechtspopulismus aus –

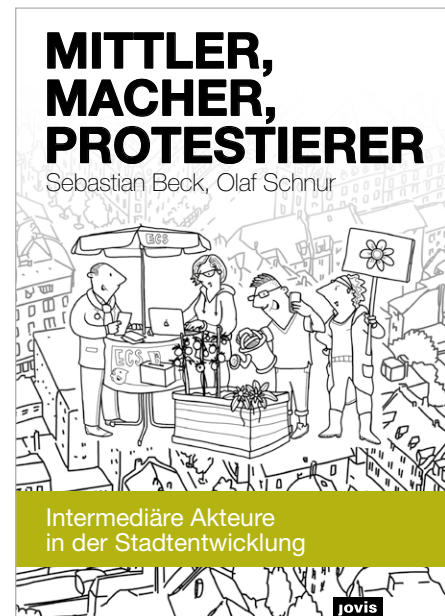
durch weithin abnehmende Dialog- und Kompromissbereitschaft, einen weiter zunehmenden Vertrauensverlust, aber auch durch eine häufig ambivalente Haltung zu Kommunalpolitik und Verwaltung.

Die fortschreitende Vielfalt in der Gesellschaft der 2010er Jahre, die durch innergesellschaftliche Prozesse und die hohe (Flucht-)Zuwanderung ausgelöst wurden und auf ein verändertes gesellschaftliches Klima mit vertieften Rissen und Brüchen trafen, veranlasseten den Verband unter seinem neuen Vorstand nach 2015 zu einer Verbreiterung des Aufgabenspektrums für Verbandspolitik und Forschung. Hinzu traten in den Folgejahren wichtige Transformations- bzw. Zukunftsaufgaben, wie vor allem der künftige Umgang mit den Meta-Themen Digitalisierung, Klimawandel und Verkehr als Eckpfeiler einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und resilienten Stadtentwicklung. Insbesondere die Digitalisierung aller Lebensbereiche entwickelte sich rasant und vordringlich zu einem der meistgefragten Themen und Herausforderungen unserer Zeit. Das Spektrum reicht von der digitalen Bürgerbeteiligung und politischen Willensbildung über die digitale, koproduktive und virtuelle Stadtgestaltung bis zur digital unterstützten Organisation von nachbarschaftlichem Zusammenleben.

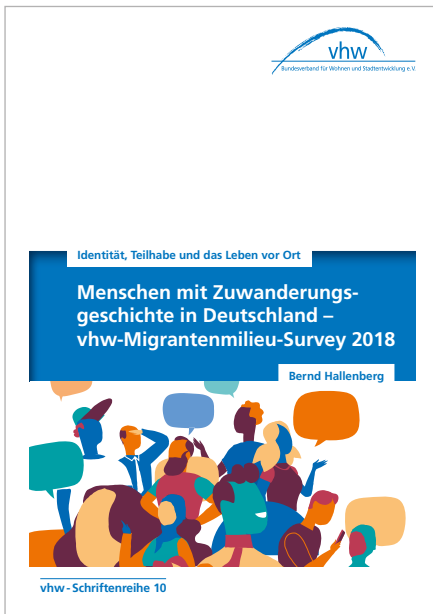
Strategisches Verbandsziel bleibt gerade unter den Bedingungen von Vielfalt und technischem Wandel die „Stärkung der lokalen Demokratie“. Dabei gilt es für den vhw, die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenzuhalten und neue Formen des Umgangs mit Pluralität zu finden, die vornehmlich durch eine bessere, breit angelegte und gleichberechtigte soziale und gesellschaftliche Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen herbeizuführen sei.

Stärker ins Blick- und Arbeitsfeld des Verbandes rückten die begleitenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche kommunale Teilhabepolitik. Ein wichtiges Kapitel war die Befassung mit den „intermediären“ Akteuren und der Zivilgesellschaft als wichtigem Scharnier zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft in den Kommunen. Dabei komme es insbesondere auf das integrierte Zusammenwirken der Akteure und einer Koproduktionen beim Umgang und der Bewältigung von Stadtentwicklungsfragen an. Dieses

Teilhabe in der pluralen Stadtgesellschaft im Klima der späteren 2010er Jahre



- Die Intermediären in den Blick genommen



Neue Aufgaben bei Wohnen und Stadtentwicklung

Ziel erhielt auch in der konkreten Verbandsarbeit mit Städten ein verstärktes Gewicht. Teil dieser Arbeit ist eine auf Zusammenhalt und Ermöglichung zielende Quartiers- und Nachbarschaftsarbeit – sowohl im Rahmen der Grundlagenforschung als auch im Wissenstransfer, zunehmend digital abgestützt.

Angesichts der wachsenden Relevanz der sozialen Medien im Zuge der Digitalisierung wurden als weitere wichtige Voraussetzung für die Demokratiestärkung Studien zu einer funktionsfähigen lokalen Öffentlichkeit durchgeführt, also von Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten für die Stadtgesellschaft in ihrer Breite.

Ein ergänzender Arbeitsschwerpunkt der Forschungsarbeit gilt der Teilhabe der Zugewanderten und Geflüchteten. Schließlich bildete angesichts der erwähnten gesellschaftlichen Risse und Polarisierung das Aufkommen des Rechtspopulismus einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Forschungsarbeit.

Angesichts einer Reihe von wohnungspolitischen Fehlentwicklungen in den letzten Dekaden hat sich der vhw in den vergangenen Jahren wieder verstärkt den Themen Wohnungspolitik und Wohnungsversorgung zugewandt. Zunächst hatte sich die Veräußerung kommunaler Wohnungsbestände – mit der sich der Verband schon 2008 auseinandergesetzt hatte – und durch den damit verbundenen Verlust kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten sowie anschließend durch einen zunehmenden Mangel an bezahlbaren Wohnungen in den 2010er Jahren die Wohnungsmarktsituation stetig zugespitzt – vor allem in den Großstädten. Dringend erforderlich waren und sind tragfähige und resiliente, also widerstands- und anpassungsfähige Lösungsansätze. Der vhw hat dazu 2016, in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), ein wohnungspolitisches Positionspapier vorgelegt. Darin wurden neben einer Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und der kommunalen Wohnungsunternehmen sowie einer mehr an regionalen und kommunalen Gegebenheiten ausgerichteten Politik auch Forderungen zur Nachhaltigkeit, zur Bodenpolitik, zu den Baukosten, zur Bestandspolitik oder zur Vermeidung von Segregation aufgestellt. Die Strategien seien nutzerzentriert zu entwickeln und durch Beteiligungsverfahren abzustützen. Betont wurde die besondere Relevanz der Einbettung der

Wohnungspolitik in integrierte Stadtentwicklungskonzepte, wie sie auch die Leipzig-Charta von 2007 anstrebte.

Als zentrale Komponente einer erfolgreichen Wohnungsversorgungspolitik wurde die Notwendigkeit einer integrierten Gestaltung der Bodenpolitik erkannt. Entsprechend folgte dem wohnungspolitischen Plädoyer 2017 eine bodenpolitische Agenda für die 2020er Jahre, in welcher die Rückgewinnung der „kommunalen Steuerungskraft“ gefordert wurde. Dies erfordere die konsequente Anwendung bereits bestehender Konzepte und Instrumentarien, vor allem aber „die Anpassung des instrumentellen Gestaltungsrahmens“ an die veränderten Anforderungen. Zu den Zielen zählten eine gemeinwohlorientierte Vergabe von Grundstücken der öffentlichen Hand, eine gezielte Bodenbevorratung, die Weiterentwicklung des kommunalen Vorkaufsrechts, die Stärkung der Gemeinwohlziele in der Innenentwicklung, die Einführung einer Bodenwert- und Bodenflächensteuer und die Notwendigkeit vermehrter interkommunaler Zusammenarbeit. Entsprechend begleitet der vhw die anstehende Novellierung des Baugesetzbuches mit Aufmerksamkeit.

Die Entwicklung von Aufgaben und Ausrichtung des Verbandes in den vergangenen 75 Jahren reflektiert den vielfachen gesellschaftlichen und sozialen Wandel und die ökonomischen oder technischen Entwicklungen, die diesen begleiteten oder mitformten. Trotz dieser Veränderungen ist die „DNA“ des vhw auch im 21. Jahrhundert stabil geblieben. Sie wird weiterhin von den Zielen der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe, des sozialen Ausgleichs und der Stärkung des Gemeinwohls geprägt – ganz im Einklang mit den Zielen der Neuen Leipzig-Charta von 2020.

Ausgerechnet im 75. Jahr des Bestehens des vhw tauchte mit der Coronapandemie eine in ihrem Ausmaß und in ihren potenziellen Wirkungen bis dahin unbekannte Herausforderung auf. Deren Folgen werden für die Zukunft von Städten und Stadtgesellschaften weitreichend sein. Neben erheblichen sozialen und bildungsbezogenen Verwerfungen werden Pandemie und Lockdownmaßnahmen die Zukunft der Innenstädte und räumlich-demografische Entwicklungen beeinflussen. Die bereits bestehenden Meta-Aufgaben von kommunaler Digitalisierung und Umgang mit dem Klimawandel



- Viele Akteure diskutieren 2018 die Anforderungen an eine neue Bodenpolitik

Nach 75 Jahren: Zukunftsaufgaben mit und nach Corona

werden noch weit dringlicher. Die zukunftsfähige Gestaltung und Nutzung der Städte und ihres Wohnangebots oder der Ausgleich zwischen Stadt-Umland und Land treten hinzu.

Der Verband und seine Forschungsarbeit werden sich wie in der Vergangenheit diesen Herausforderungen stellen und aktiv zu ihrer Bewältigung beitragen.

vhw Bundesverband
Wohnen und
Stadtentwicklung

Suche

HOME WIR ÜBER UNS FORTBILDUNG FORSCHUNG PUBLIKATIONEN TERMINE PRESSE KONTAKT

BUNDESPRÄSIDENT A. D. JOACHIM GAUCK AUF VHW KONGRESS
"Ein interessanter Tag für Menschen, die über Demokratie nachdenken!", so Bundespräsident a. D. Joachim Gauck in seinem Festvortrag zum Digital-Kongress Lokale Demokratie: "Gemeinsam Stadt gestalten", der am 8. Juni 2021 in der URANIA Berlin stattfand.
[> Zum Kongress-Bericht](#) [> Zur Festrede](#)

In Kooperation mit

Der vhw ist ein gemeinnütziger Verband. Er engagiert sich durch Fortbildung und Forschung in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung für die Leistungsfähigkeit der Kommunen, eine vielfältige Bürgergesellschaft und die Stärkung der lokalen Demokratie. [Profil](#)

FORSCHUNG

Juli 2021
DST-Präsident Burkhard Jung zu: Gemeinsam Stadt gestalten!
Die Anforderungen an ein gemeinsames Stadtgestalten sind seit dem DigitalKongress am 8. Juni... [mehr](#)

FORTBILDUNG

Kommunalwirtschaft
Professionelles Haushaltsmanagement durch Controlling und Kennzahlen (WB210277)
Dozent: Ulrich Lindner M.A.
Zeit: 03.08.2021
Online

■ Homepage-Ausschnitt des Bundesverbandes, Juli 2021

Die Verbandspolitik im Kontext von gesellschaftspolitischer

Orientierungen für den Verband

Soziale Wohneigentumsförderung

Soziale Bodenreform

Eigentum im II. Wohnungsbaugesetz

Ausgestaltung des Bundesbaugesetzes

Städtebauförderungsgesetz

Novellierungen der Eigentumsförderung und des BauGB

Wegmarken in Wohnungspolitik von Bund und Ländern

Indirekte Wohneigentumsförderung §7b

II. Wohnungsbaugesetz
1956: Eigentumsförderung

1950: I. Wohnungsbaugesetz

1960: Bundesbaugesetz

Indirekte Eigentumsförderung §10e

Städtebauförderungsgesetz
Stadterneuerungsmaßnahmen

1974: Miethöhegesetz neu

1987: II. BauGB

Gesellschaftliche Aufgaben und Ausrichtungen

Wiederaufbau und staatliche Strukturen

Breite Wohnungsversorgung

Wohlstand, verstärkter Eigenheimbau

Gesellschaftlicher Wandel und soziale (Wohnungs-)Politik

Individualisierung und Pluralisierung

1946

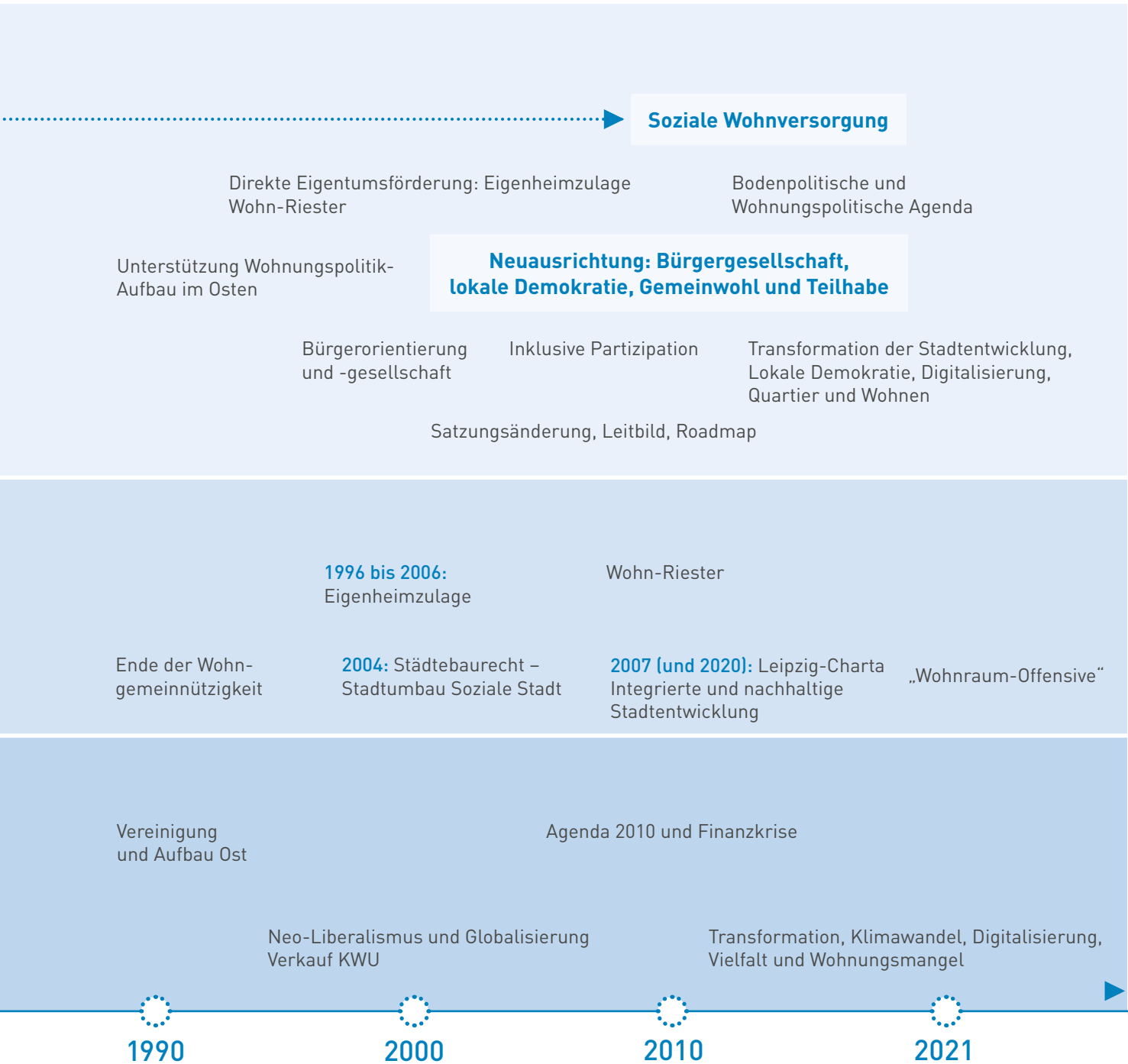
1950

1960

1970

1980

Entwicklung



Zwischen Gewichtheben und Ballett

Interview



Reinhart Chr. Bartholomäi
vhw-Vorstandsvorsitzender
2003–2009, Ehrenvorsitzender
des vhw

Herr Bartholomäi, können Sie sich noch erinnern, wann und zu welchem Anlass Sie zum ersten Mal mit dem vhw in Kontakt getreten sind?

Ein Prokurist unseres Unternehmens, Reiner Wyszomirski, war als Repräsentant der Landesverbände kraft seines Amtes Vorstandsmitglied des vhw. Er hat mich 1994 für den Vorstand geworben. Die Nassauische Heimstätte, die ich leitete, entwickelte nach Satzung und Selbstverständnis Eigentumsprojekte und Städtebaukonzepte.

Seit wann und in welchen Funktionen sind Sie im vhw aktiv? Und: Sind die Rollen vor 30 Jahren mit den heutigen Gremienfunktionen vergleichbar?

Nach meinen Unterlagen bin ich seit 1994 Vorstandsmitglied, seit 2000 stellvertretender Vorsitzender, von 2003 bis 2009 war ich Vorsitzender. Die Rollen haben sich nicht verschoben, da der vhw keine wirtschaftlichen Probleme hatte und für den Vorstand „pflegeleicht“ war.

Wie würden Sie die Rolle des vhw – damals noch als „Deutsches Volksheimstättenwerk“ – in der deutschen Politik- und Verbändelandschaft der neunziger Jahre beschreiben?

Der vhw war historisch ein Promotor des Eigenheims als eine Antwort auf Flucht und Vertreibung von 12 Millionen Menschen. Als ich 1994 in den Vorstand kam, war der Vorsitzende Walter Englert der ehemalige Geschäftsführer der Bausparkasse Wüstenrot. Das prägte das Image des vhw in Politik und Verbänden.



Was waren die Rahmenbedingungen und Auslöser zu jener Zeit, die zu einer Neujustierung der Verbandsziele geführt haben?

Der vhw hatte durch sehr erfolgreiche und effiziente Interessenarbeit sein Verbandsziel schließlich erreicht. Das selbstgenutzte Wohneigentum wurde in die Riese-Gesetzgebung 2008 übernommen. Das war's dann.

Gab es in dieser „Selbstfindungsphase“ divergierende Strömungen oder Widerstände innerhalb des vhw oder auch Reaktionen in der Verbändelandschaft?

Im Vorstand nicht. In der Verbandslandschaft habe ich keine gespürt. Die Bausparkassenverbände verloren zwar einen Mitstreiter, haben dies aber überstanden.

Wie würden Sie die Rolle der beiden „Standbeine“ des vhw – der Fortbildung und der Forschung – beschreiben?

Die Skulptur, auf die Sie anspielen, ist sehr avantgardistisch. Die beiden Beine des vhw sind völlig unterschiedlich. Das eine gehört einem Olympiasieger im Gewichtheben, das andere einer Balletteuse. Der Verband lebt wirtschaftlich von dem Erfolg seiner Fortbildung auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft und beschenkt die Öffentlichkeit zusätzlich mit einem Instrumentenkasten der politischen Wissenschaft.

Durch den Abschied von der Aufgabe, sich für die Förderung des Wohneigentums zu engagieren, musste sich der vhw neu positionieren. Worin besteht die Einflussnahme des Verbandes heute und wie kann man die entsprechende Zielgruppe umreißen?

Die Zielgruppe der Fortbildung ist geblieben. Es sind Personen, die in den Kommunen Vorschriften umsetzen. Aber der Nebeneffekt ist bedeutend und – wie man heute sagen würde – „systemrelevant“. In den Fortbildungsveranstaltungen des vhw trifft sich kommunale Praxis mit den Vorschriftengebern der zuständigen Ministerien und den Vorschrifteninterpreten der Justiz. Die unterrichten nicht nur, sondern erleben dabei als Gegenleistung den kommunalen Alltag aus erster Hand. Vor Corona nahmen 50.000 an den Seminaren teil. Dies ist international vermutlich einmalig und vernetzt die deutschen Gemeinden auf unserem Feld stärker als ohne den vhw. Die neue Zielgruppe ist diffuser. Das war und ist Absicht. Es sind einerseits diejenigen, die erfolgreiches Regieren beobachten, systematisch erforschen und lehren: im Wesentlichen Sozial- und Politikwissenschaftler beiderlei Geschlechts. Erreicht werden sollen andererseits auch Kommunalpolitiker, die mit ihren Ideen Erfolg haben wollen und auf der Suche nach Instrumenten sind, die ihnen dabei helfen. Dazu

gehört eine gute Kenntnis der gesellschaftlichen Realität, die Mitgliederversammlungen der jeweils eigenen Partei (abstammend von „pars“= Teil) aus systematischen Gründen nicht bieten können. Diesem Personenkreis bietet der vhw ein wichtiges Netzwerk. Es besteht einmal aus der Zeitschrift, die auf ihrem Gebiet, dem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis, inzwischen ein Unikat geworden ist. Es sind dann die Verbandstage und auch sonstige themenbezogene Veranstaltungen und Publikationen, die sich ebenfalls als Forum zwischen den wissenschaftlichen Eliten und der Praxis etabliert haben. Nicht zuletzt ist es die Fremd- und Eigenforschung, die dem vhw Reputation verliehen hat.

Sind Ihnen aus Ihrer Zeit beim und mit dem vhw besondere oder herausragende Projekte, Veranstaltungen oder Erkenntnisse in Erinnerung geblieben?

Es spricht für den vhw, dass das hohe Niveau nie schwankte. Für mich hat sich nichts als Besonderes herausgehoben. Mit einer Ausnahme: Mein Vorgänger Dieter Haack hatte den Vorstand zu einer Art Klausurtagung zu sich nach Erlangen eingeladen. Dort hatte im Bei-Programm eine Gruppe von Pfarrfrauen als Kabarettnummer den Jargon von städteplanerischen Texten des vhw so treffend und witzig parodiert, dass er mir seitdem nicht mehr aus der Feder fließt.

Die Coronakrise hat auch vor dem vhw nicht Halt gemacht. Wie schätzen Sie die Situation und die aktuelle Krisenbewältigung aus der nun eher distanzierteren Sicht eines „Ehrevorsitzenden“ ein?

Für mich, aber auch andere frühere Vorstandsmitglieder waren die Sitzungen so wichtig, weil die Tagesordnung immer wirtschaftlich unproblematisch, aber die übrigen Themen lehrreich waren. Wir wurden über gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten, die wir im beruflichen Alltag so nicht wahrnehmen und verfolgen konnten. Es war ein Gewinn, teilnehmen zu können. Erstmals teilen wir jetzt die Sorgen des vhw. Dem Krisenmanagement der Führung sowie dem Willen und der Fähigkeit des Teams gilt meine Bewunderung. Für mich ist allerdings der persönliche, informelle Kontakt das zentrale Erfolgskonzept des vhw. Was online vermittelt werden kann, wird der vhw schnell und gut, wahrscheinlich besser anbieten.

Die alte Größe und den geschaffenen Ruhm des vhw werden die Virologen wiederherstellen müssen. Sie können es, wenn sie auf Regierende treffen, die vom vhw profitiert haben.

Sechs Jahrzehnte vhw

Erinnerungen



Peter Berberich

Vorsitzender des Landesausschusses
Schleswig-Holstein 1986 bis 2003,
Vorstandsmitglied des vhw 1991,
Ehrenmitglied

Meine ersten Kontakte zum vhw hatte ich Anfang der sechziger Jahre, insbesondere in der Zeit ab 1964. Damals war ich beim Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen in Hamburg Oberprüfer für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in Schleswig-Holstein und wurde in dieser Funktion zu „Aussprachetreffen“ des vhw eingeladen. Für diese Treffen gewann der Landesgeschäftsführer des vhw hochkarätige Referenten, oft aus den zuständigen Ministerien, zu aktuellen wohnungswirtschaftlichen und wohnungspolitischen Fragen, wie der Gesetzgebung zum Sozialen Wohnungsbau, zum Mietrecht, der Ausweisung von Bauland und der Bau- und Mietpreisentwicklung. Das Volksheimstättenwerk (vhw) moderierte die Veranstaltungen, bei denen es regelmäßig zu engagierten Diskussionen auf hohem fachlichen Niveau kam. Das Veranstaltungsformat zog alle Akteure des Wohnungswesens an und bot eine optimale Plattform für den Austausch von Gedanken, Ideen, Meinungen und Erfahrungen. Das vhw war der einzige Verband, der eine solche Gelegenheit zu umfassender Information bot, auch für Verbände, die nicht immer ein spannungsfreies Verhältnis zueinander hatten. Für mich als jungen Repräsentanten der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft im Lande boten sich hervorragende Kommunikationsmöglichkeiten über Partei- und Verbändegrenzen hinweg.

Die vielfältigen Kontakte nahm ich 1973 mit in meine Tätigkeit als Vorstand der „Wankendorfer“, einer 1947 von Flüchtlingen aus dem Osten und Familien, die ihre Stadtwohnung durch den Bombenkrieg verloren hatten, gegründeten Baugenossenschaft. Sie hatte sich bereits bis 1973 zu einem führenden Wohnungsunternehmen im Lande Schleswig-Holstein entwickelt. Diese Baugenossenschaft hatte ihren Schwerpunkt beim Bau von Wohneigentum in der Form von Einzelhäusern, Reihen-

häusern, Gruppenbungalows sowie Geschosswohnungen in der neuen Rechtsform des Wohnungseigentumsgesetzes. Daneben wurde zielbewusst auch ein Bestand an Sozialwohnungen aufgebaut. Bei dieser Unternehmensstruktur hatte sich schon sehr früh ein kontinuierlicher Kontakt zum vhw ergeben, der bis heute besteht.

Auf Vorschlag des 1974 zum Vorstandsvorsitzenden des vhw gewählten ehemaligen Schleswig-holsteinischen Staatssekretärs Dr. Werner Schmidt wurde ich 1981 Mitglied des vhw-Landesausschusses Schleswig-Holstein und 1986 dessen Vorsitzender. Nach Mitwirkung im Hauptausschuss wurde ich dann 1991 in den Vorstand des vhw gewählt. Ich habe die wohnungspolitische und wohnungswirtschaftliche Entwicklung immer aus erster Hand verfolgen können. Das gilt besonders für die Zeit als einer der beiden Stellvertreter des damaligen Vorsitzenden Dr. Dieter Haack. In dessen Amtszeit veränderten sich die Rahmenbedingungen für das Volksheimstättenwerk grundlegend. Die wohnungspolitische Entwicklung vom 1. Wohnungsbau-gesetz über das 2. Wohnungsbau-gesetz, das Gesetz über den Abbau der Wohnungs-zwangswirtschaft und die Einführung des Wohngeldes hatte zu einer Konstitution des Wohnungsmarktes geführt, die viele glauben ließ, der Markt würde in Zukunft alles regeln können. So waren die Rahmenbedingungen, als die Wende von 1989 noch einmal einen Neuanfang im wohnungspolitischen Denken erforderte.

Mit unvorstellbarem persönlichem Einsatz bei der Einführung des Wohngeldes in den neuen Bundesländern nahm das vhw eine Schulungsaufgabe wahr, für die das Team die höchste Anerkennung verdiente und erhielt. Das war aber nicht der einzige Anstoß, über die Ziele des vhw nachzudenken. Die sich fast fünf Jahrzehnte nach Kriegsende abzeichnende Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der Bürger bei der Stadterneuerung und der gesamten Bauleitplanung – einschließlich der Wohn-umfeldgestaltung – setzte sich durch. Es ist das unbestreitbare Verdienst unseres langjährigen Hauptgeschäftsführers Peter Rohland, den Weg über „Roadmap“ und „Städtenetzwerk“ zu einer Neuausrichtung des vhw geebnet zu haben. Folgerichtig kam es damit auch zur Umbenennung in „vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung“.

Das ursprüngliche Ziel des Verbandes, das selbstgenutzte Wohneigentum der Bürger zu fördern, wurde von Dr. Haack im Vorwort zur Dokumentation aus Anlass des 50jährigen Jubiläums der Vereinsgründung noch einmal deutlich herausgestellt. In der danach eingeleiteten Neuausrichtung ist es das erweiterte Ziel des Verbandes, „Voraussetzungen zu schaffen, die den Bürgern eine an ihren Vorstellungen und Bedürfnissen orientierte aktive und gestaltende Mitwirkung an der Entwicklung der Wohnverhältnisse und der nachhaltigen Entwicklung der Städte und Gemeinden ermöglichen“, wie es seit 2009 in §3(1) der Satzung des vhw steht.

Die Zielgruppe des Verbandes bleiben zwar letztlich die Bürger, aber in der praktischen Umsetzung standen seit der Gründung die verschiedenen Akteure in Wohnungswesen und Stadtentwicklung als Multiplikatoren im Fokus des Verbandes. Brücken zu bauen für eine breite und intensive Kommunikation unter Einbeziehung des Bürgers hat sich als zentrale Aufgabe des vhw inzwischen etabliert. Die Verbandszeitschrift „Forum für Wohnen und Stadtentwicklung“ ist ein unübersehbarer Beweis dafür. Eine wichtige Grundlage der Anerkennung, die der vhw dabei erfährt, ist nicht zuletzt die Qualifikation seiner Mitarbeiter, durch die in den Jahren seit der Neuorientierung auch der starke Ausbau seiner Kontakte zur Wissenschaft gelungen ist.

Diese eigenwillige Positionierung des Verbandes ist von Anfang an nicht ohne irritierte Beobachtung in der Verbändelandschaft geblieben, so auch heute nicht. Nicht zuletzt seine wirtschaftliche Unabhängigkeit von bestimmten Interessengruppen macht den vhw zum geborenen Partner der Städte und Gemeinden als den unmittelbaren und demokratisch legitimierten Kommunikationspartnern der Bürger in allen Fragen zu Wohnen und Stadtentwicklung. Diese Unabhängigkeit ist es auch, die dem vhw eine eigenständige Position in der Politikberatung auch auf Bundesebene sichert.

Aus den vielen Jahren der Mitarbeit in den Gremien und Arbeitskreisen des vhw empfinde ich als stärkste Erinnerung die kameradschaftliche, oft sogar freundschaftliche Zusammenarbeit und die offenen und respektvollen Diskussionen unter für die Sache des vhw engagierten Menschen. Starke Erinnerungen sind mir aus persönlichen Begegnungen und Projekten geblieben – etwa intensive Beratungen bei den Veränderungen in Vorstand und Hauptgeschäftsführung Ende der achtziger Jahre, Beratungen mit der ersten frei gewählten Regierung der DDR über Probleme der Zusammenführung der Wohnungsmärkte und schließlich die Beratungen zur Neuorientierung des vhw, die am Tag nach einer stürmischen Oldtimer-Regatta während der Kieler Woche in den Räumen der WOBÄU Schleswig-Holstein hoch über der Kieler Förde ihren Abschluss fanden.

Als besonderes Projekt steht mir bis heute die Beratungsaktion für das Parlament der Stadt St. Petersburg, damals 1993/94 noch Leningrad, vor Augen. Die in der Stadt nach der Wende für Fragen von Wohneigentum und Stadtentwicklung Verantwortlichen wollten eine halbe Million Kommunalwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln. Unser nur sechsköpfiges Beratungsteam unter der Leitung von Peter Rohland fand sich im winterlich kalten Smolny Palast mit den sachverständigen Vertretern der Stadt zusammen und musste versuchen, ihnen zu erklären, warum ihre Pläne nicht funktionierten. Bis zum nächsten Treffen in Dresden auf ei-

nem Elbe-Fährschiff hatte man sich unserer Auffassung angeschlossen und fragte an, ob das vhw den Entwurf eines Wohneigentumsgesetzes liefern könne. Die Frage wurde von Peter Rohland nicht nur positiv beantwortet, sondern der Entwurf wurde beim folgenden Treffen an der Newa dem Bürgermeister überreicht.

Ich wünsche dem vhw, dass sich immer wieder Frauen und Männer finden, die bereit sind, für den Verband Zeit und Energie einzubringen.

20 Jahre „Preis Soziale Stadt“

Interview mit dem Initiator des Wettbewerbs



Herbert Jaspert
Rechnungsprüfungsausschuss
des vhw bis 2021

Herr Jaspert, können Sie sich noch erinnern, wann und zu welchem Anlass Sie zum ersten Mal mit dem vhw in Kontakt getreten sind?

1953 begann ich meine Lehre zum Kaufmann in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft bei der GAGFAH in Essen. Damals gab es ein schulisches Ausbildungswesen in der Wohnungswirtschaft noch nicht. Vom Besuch der Berufsschule war ich als ehemaliger Handelsschüler befreit. So erreichte mich 1954 ein erstes Lehrgangsangebot des vhw und traf bei mir und meinem Ausbildungsbetreuer auf offene Ohren. So lernte ich den vhw und seinen damaligen Verantwortlichen, Herrn Dr. Kruschwitz, kennen.

Seit wann und in welchen Funktionen sind Sie im vhw aktiv?

Nach meinem Wiedereintritt in die unternehmerische Wohnungswirtschaft 1987 hatte ich immer wieder auch beim vhw Aufgaben als Referent. Sicher waren meine Funktionen im GdW für den vhw Grund, mir 1997 eine Mitgliedschaft im Kuratori-



um anzutragen, dem ich natürlich und gern zustimmte. 2004 wurde ich Mitglied des Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) und in der Folge bis 2019 dessen Sprecher. In diesem Jahr werde ich 85 Jahre und dann erklärtermaßen ganz vollständig Ruheständler.

Sie gelten als Initiator oder als einer der Initiatoren des Wettbewerbs „Preis Soziale Stadt“ – Wie kam es zu der Idee dieses Wettbewerbs?

Wenn Schlagworte im Städtebau und Wohnungswesen überhaupt stimmen, dann vor allem das: „Alles hängt mit allem zusammen“! Nach vollendeter Einbürgerung der Russlanddeutschen und der Versorgung der Balkanflüchtlinge war das Wohnungswesen mal wieder kein politisches Thema mehr. Vielmehr bestimmten Begriffe wie: „überforderte Nachbarschaften“, „fehlendes Quartiersmanagement“, „Wohnungsnotstände“, „Fehlbelegungsabgabe“, „Aufgaben der kommunalen Wohnungsunternehmen als Dienstleister für ihre Gewährsträger“ u. a. m. zum Ende der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die gesellschaftliche und politische Diskussion. „Segregation“ fand nicht nur Eingang in den Sprachgebrauch der Soziologen. Diese Entwicklung führte zu einer bis heute nicht abgeschlossenen oder gar abgewendeten Ghettobildung. Offenkundig wurde also zunehmend der fehlende Zusammenhalt der Bürger. Und so kam es wie meist in der Politik: Wir machen ein Programm! Die Bundesregierung fügte in die Städtebauförderung einen Programmpunkt „Soziale Stadt“ ein. Dieses – und sehr wohltuend mit sehr unbestimmten Inhalten beschriebenes – „Ziel ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu befördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken“ mit dem eine „Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile“ erreicht werden sollte.

Dies konnten, mussten aber nicht bauliche Maßnahmen sein! Und es gab auch keine räumliche Abgrenzung. Es galt die Ideensuche nach Vorbildern für einen besseren Zusammenhalt von Nachbarschaften. Und was liegt da näher als ein Wettbewerb?

In diesem Zusammenhang: Dass 2010 die amtierende schwarz-gelbe Regierung bauliche Maßnahmen zur Fördervoraussetzung machte, zeugt von krassem Unverständnis.

Wie kann es zu der Zusammensetzung des Ausloberkreises?

Wie meist in solchen Situationen: Man kennt sich, man spricht miteinander: So war für mich als Vizevorsitzender des GdW der vhw natürlich erster Ansprechpartner.

Meine berufliche Vergangenheit führte zu Kontakten im Bundesbauministerium, mit dem Deutschen Städtetag, der Arbeiterwohlfahrt, der Schader-Stiftung und natürlich zum vhw, der dann durch Peter Rohland und den seinerzeitigen vhw-Präsidenten Dieter Haack maßgeblicher Förderer der Idee wurde. Dieter Haack übernahm es dann, anlässlich meiner Verabschiedung in den beruflichen Ruhestand am 1. April 2000, den ersten Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“ öffentlich auszuloben.

Bei dem Wettbewerb durften und dürfen auch explizit Projekte eingereicht werden, die nicht durch das Förderprogramm „Soziale Stadt“ unterstützt werden. Was war hier der Hintergrund dieser Entscheidung?

Ich kann mich nicht erinnern, dass für die Zulassung eines Wettbewerbsbeitrags entscheidend war, von dem angesprochenen Förderprogramm unterstützt zu sein. Wenn doch, dann wäre es doch mehr als sinnvoll, dieses Kriterium infrage zu stellen.

Sind Ihnen in der langen Geschichte des Wettbewerbs besondere oder herausragende Projekte in Erinnerung geblieben?

Ganz einfach: Nein! Ich habe in den Folgejahren nach 2002 gern und mit großer Freude die unglaublich tolle Arbeit der Wettbewerbsteilnehmer studiert und beobachtet. Ich kann und würde auch keinen Beitrag besonders hervorheben. Die Beiträge waren stets originell und Zeugnisse eines hinreißenden Engagements aller Protagonisten. Dieses Engagement war erkennbar ansteckend für die jeweiligen örtlichen Entscheidungsträger und dürfte auch nachhaltig wirksam sein. Die Begeisterung übertrug sich zudem auch intensiv auf die Arbeit der Juroren. Dies alles mündete dann in die großartige Qualität der Veranstaltungen der Preisverleihung. Ich freue mich auf die nächste.

Wo sehen Sie die Zukunft des Wettbewerbs „Preis Soziale Stadt“ und wo besteht aus Ihrer Sicht noch Entwicklungsbedarf bei der Ausrichtung des Wettbewerbs?

Nicht zuletzt ausgelöst durch die Coronapandemie, enorm verstärkt auch durch den Klimawandel, stehen wir in den Kommunen vor großen Problemen der Innenentwicklung der Städte. Diese macht quasi eine Rückentwicklung ehemals städtebaulicher Missstände erforderlich. Die 1971 im Städtebauförderungsgesetz präzisierten Beeinträchtigungen des Wohnens durch Lärm, Geruch und andere Emissionen, die strukturellen Schwächen, der Individualverkehr und sein Verhältnis zum ÖPNV müssen neu diskutiert werden. Zu denken ist auch an den Einsatz von Künstlicher Intelligenz.



■ Beim Preis Soziale Stadt gewinnen alle, 2008 – Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee gratuliert



■ Preis Soziale Stadt bringt zusammen, 2019

Weggefährten des vhw erinnern sich

Gedanken von Prof. Dr. Klaus Borchard und Helmut Mäule

Erste Erinnerungen ...



Prof. Dr. Klaus Borchard
seit über 40 Jahren mit dem
vhw verbunden, Ehrenmitglied



Helmut Mäule
dem vhw seit 1959 verbunden,
Rechnungsprüfungsausschuss

Helmut Mäule: Als ich im Jahre 1959 mit der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft in Verbindung kam, war die Hausbau Wüstenrot gGmbH bereits Mitglied im vhw, wohl schon seit Gründung im Jahre 1949. Meine ersten Erinnerungen an „das vhw“ (damals noch Deutsches Volksheimstättenwerk) war lange Zeit so, dass es sich um einen sehr „statisch“, in engen Grenzen auf jeweils aktuelle wohnungswirtschaftliche Themen, ausgerichteten Verband mit einem recht noch magerem „Blick in die Zukunft“ gehandelt hat.

Klaus Borchard: Meine ersten Begegnungen mit dem vhw hatte ich vor 40 Jahren in Bonn, u. a. mit Herrn Oschmann und der nach meiner Erinnerung sehr umtriebigen Schriftleiterin Inge Hildebrand. Im 36. Jahrgang des „Informationsdienstes und Mitteilungsblatts des vhw“ (so hieß damals noch das Publikationsorgan) habe ich 1982 meine ersten Artikel zu Wohneigentum und Bebauungsplanung veröffentlicht, dem in den folgenden 40 Jahren ein Dutzend weitere gefolgt sind. Der „Verbandsphilosophie“ folgend standen damals Fragen der Wohnungspolitik – mit deutlichem Schwerpunkt bei der Wohneigentumsbildung – im Vordergrund. Später erweiterte sich das inhaltliche Spektrum u. a. auch um Fragen der Nachhaltigkeit (z. B. Begrenzung des Flächenverbrauchs und des Schutzes des Freiraums) sowie um Synergieeffekte einer besseren regionalen Zusammenarbeit in der kommunalen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik. Damit war der vhw seiner Zeit weit voraus.

Helmut Mäule: Im Jahre 1970 hielt ich erste Vorträge bei den Veranstaltungen des vhw. Das Thema Hochhäuser war neu, es war gleichzeitig auch ein neuer Bautyp, zu dem für die Nutzungen Fragen entstanden, die zu diskutieren waren. Meine lange Bindung zum Verband und die Verbundenheit mit dem vhw geht darauf zurück, dass sich viele Möglichkeiten zum Gedankenaustausch mit Kollegen und Fachleuten innerhalb der Wohnungswirtschaft und in zunehmendem Maße hinein auch in die Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Umwelt, Stadtgesellschaft ergeben haben.

Klaus Borchard: Neben den Publikationen von einem Dutzend eigener Fachbeiträge über vier Jahrzehnte in den drei verschiedenen vhw-Zeitschriften habe ich als Vortragender an zwei Verbandstagen mitwirken dürfen. Als Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises „Kommunale Wohnungspolitik und Stadtentwicklung“ (1986) habe ich den Ergebnisbericht mitbearbeitet sowie am Positionspapier „Regionalisierung der Wohnungspolitik“ (2005) mitgewirkt. Und natürlich habe ich viele Jahre lang sehr gern meine fachliche Expertise auch dem Verbandsrat zur Verfügung gestellt. Das Gefühl, als Städtebauer von den damals den vhw „beherrschenden“ Experten der Wohnungswirtschaft nicht nur (an-)gehört, sondern auch verstanden zu werden, hat nicht nur meine Bereitschaft zur Mitarbeit beflügelt, sondern im Gegenzug auch meine Wissensbasis wesentlich bereichert. Von diesem gegenseitigen Geben und Nehmen profitiere ich bis zum heutigen Tag.

Klaus Borchard: Für einen Interessenverband der Wohnungswirtschaft waren verständlicherweise Stand und Zukunftsentwicklung der staatlichen und kommunalen Wohnungspolitik mit Schwerpunkt bei der Eigentumbildung bis in die 1990er Jahre hinein das beherrschende Thema. Frühzeitig sind aber auch Fachdiskussionen, etwa zu einer nachhaltigen, umweltbewussteren Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik (z. B. Flächenkreislaufwirtschaft, Freiraumschutz, Mobilitäts- und Klimawende) oder zu soziokulturellen und ökonomischen Herausforderungen, aufgegriffen worden. Beispielhaft zu nennen ist hier auch die Positionsbestimmung des vhw (zusammen mit gleichgesinnten Partnern) zur Neuorientierung in der Bodenpolitik.

Schon lange dem vhw verbunden ...

Der vhw in seiner Ausrichtung damals ...

Die wertvollen Ergebnisse der vorausschauenden und tiefgreifenden Erforschung aktueller Probleme führen folgerichtig nicht nur zu hilfreichen Wegweisungen für Politik und Praxis (z. B. auch als „Positionsbestimmungen des vhw“), sondern finden auch Eingang in die Fortbildungsveranstaltungen. Bei alledem zeigte sich der vhw frei von Ideologien und Parteilichkeiten.

Starke Veränderungen ...

Helmut Mäule: Zunehmend hat sich der Verband von der „grauen (Verbands-)Maus“ zu einem entscheidenden Entwickler und Verband in Sachen Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Stadtsanierung, Wohnungswirtschaft und Umwelt entwickelt. Es hat mir Freude gemacht und Nutzen gebracht, die praktischen Erfahrungen aus allen wohnungswirtschaftlichen und unternehmerischen Sparten einzubringen, sich auszutauschen und weiterzuentwickeln: eine Tatsache, die von vielen Mitgliedern des vhw so gesehen und dankbar aufgenommen und mitgetragen wurde.

Zudem findet die heutige Beratungs- und Seminararbeit stärker auf wissenschaftlich fundierter Grundlage statt und ... ein deutlich höherer Frauenanteil in den Projekten und Gremien steht dem vhw gut an.

Klaus Borchard: Aus dem früheren (wohnungswirtschaftlichen) Zweckverband ist inzwischen ein in der Fachwelt hoch anerkannter Idealverband (für Wohnen und Stadtentwicklung) geworden. Was früher überhaupt keine Rolle spielte, gehört heute zum Markenkern der vhw-Arbeit. Einerseits behauptet sich der vhw mit der großen Fülle seiner Fortbildungsveranstaltungen sehr eindrucksvoll auf einem immer härter umkämpften Markt, andererseits bearbeitet er selbst und mit Partnern aktuelle Forschungsfelder und gibt damit Praxis und Politik wertvolle Hilfestellung. Dieser Wandel spiegelt sich auch im Namen des vhw-Publikationsorgans: Bis Ende der 1990er Jahre „Informationsdienst und Mitteilungsblatt des vhw“, danach „Forum Wohnungseigentum“ und heute „Forum für Wohnen und Stadtentwicklung“. Die vhw-Zeitschrift zählt in Fachkreisen längst zu den führenden Publikationen.

Wünsche für die Zukunft

Helmut Mäule: Der Verband möge so lebendig und zukunftsorientiert weiterarbeiten wie es die seitherige Entwicklung gezeigt hat. Möge er die aktuellen Entwicklungen rechtzeitig erkennen und in die Gesamtaufgabenstellung ergebnisorientiert einbringen.

Klaus Borchard: Ich wünsche dem vhw erstens eine erfolgreiche Verteidigung seiner hervorragenden Position auf dem hart umkämpften Markt der Aus- und Weiterbildung und damit die Sicherung eines soliden Fundaments für die weiterhin umfassende wissenschaftliche Arbeit.

Zweitens wünsche ich dem vhw, dass er auch in Zukunft „die aktuellen Fragen der Zeit“ erkennt und beantwortet, dass seine Antworten von Politik und Praxis gehört werden und dass er dabei die ihm gebührende öffentliche Anerkennung erfährt.



Prof. Dr. Jürgen Aring
vhw-Vorstand
seit 2015

Verbandsentwicklung durch kreativen Diskurs

Kapitäne am Steuerrad des vhw



Peter Rohland
Hauptgeschäftsführer
des vhw 1989 bis 2009,
Vorstand 2009 bis 2015,
Ehrenmitglied

Herr Rohland, Sie stießen 1982 zum vhw, wurden 1989 Hauptgeschäftsführer. Wie waren seinerzeit die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, zu denen sich der vhw positionierte?

Peter Rohland: Als ich 1982 zum vhw – dem damaligen Deutschen Volksheimstättenwerk – stieß, war die Grundlage für die Verbandsarbeit nach wie vor die Satzung vom September 1949. Diese sah als Arbeitsauftrag in der Politikberatung vor, „allen interessierten Volkskreisen den Zugang zum Boden zu gewährleisten und die Errichtung von Volksheimstätten (Ein- und Zweifamilienhäusern) in jeder Weise zu fördern.“ Unter Hinweis darauf, dass schon die Paulskirchenverfassung die politische Mündigkeit des Bürgers, seine politische Freiheit und rechtsstaatliche Sicherheit in einen untrennbaren Zusammenhang gestellt hat, wurde in den programmatischen Aussagen des vhw die gesellschaftspolitische Bedeutung des Privateigentums immer wieder hervorgehoben: In dem Privateigentum wurde der unbedingt nötige Raum für die eigenverantwortliche Gestaltung des persönlichen Lebens gesehen. Das Wohneigentum war geradezu Sinnbild der gesellschaftlichen Ordnung des Grundgesetzes. Mit diesem „ideellen Rüstzeug“ bestritt der vhw die Diskussion bei den Weichenstellungen der Boden- und Wohnungspolitik der Nachkriegszeit.

Das Grundanliegen des Verbandes stieß in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wieder einmal auf einen Wohnungsmarkt, der durch zunehmende Engpässe gekennzeichnet war. Dem niedrigen Niveau der Bautätigkeit stand eine stark steigende Nachfrage gegenüber: die wachsende Zahl der Haushalte, zunehmender Flächenkonsum und nicht vorhergesehene Zuwanderungen von Aussiedlern, Asylbewerbern und schließlich Umsiedlern aus der ehemaligen DDR. Es gab intensive „Verteilungskämpfe“ hinsichtlich der natürlich begrenzten staatlichen Fördermittel zwischen der „Eigentumsfraktion“ und der „Mietfraktion“. Der vhw verstand sich selbstverständlich als „Speerspitze“ derjenigen, die für das selbstgenutzte Wohneigentum eintraten.

Herr Prof. Aring, Ihre Funktion als Vorstand hatte auch eine Vorgeschichte im Verband. Seit wann hatten Sie Bezüge zum Verband, bevor Sie 2014 von der Mitgliederversammlung zum Vorstand gewählt wurden?

Jürgen Aring: Schon in meinen ersten Berufsjahren befasste ich mich viel mit wohnungspolitischen Fragen, denn – wie Herr Rohland eben sagte – es wurde ab 1987 von Jahr zu Jahr enger am Wohnungsmarkt. Gleichzeitig zeichnete sich die wohnungspolitische Fundamentalwende ab, für die die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 steht. Zudem erlebten nach der deutschen Einheit 1990 zunächst die westdeutschen Ballungsräume einen Suburbanisierungsschub, und dann wurde im Osten der Leerstand spürbar. So waren die neunziger Jahre wohnungspolitisch sehr lebhaft, und in diesem Kontext bin ich auch auf das Deutsche Volksheimstättenwerk gestoßen. Konkreter wurde es, als ich kurz nach dem Jahr 2000 Peter Rohland kennenlernte und er mich später bat, gemeinsam mit Prof. Klaus Borchard am Positionspapier des vhw zum Thema „Wohnungspolitik im Umbruch – Regionalisierung der Wohnungspolitik im aktivierenden Staat“ mitzuwirken. Es war einer der vielen Beiträge in der damaligen Findungsphase des vhw. Als ich dann 2006 in das Kuratorium berufen wurde, in dem der renommierte Stadtsoziologe Prof. Hartmut Häussermann die Leitung übernommen hatte, war ich endgültig „angebunden“. Damals war der vhw auf dem Weg der Neuausrichtung, was viele anregende und auch emotionale Diskussionen mit sich brachte.

Herr Rohland, wie kam es zur Neuausrichtung, was ja nicht nur in einer Namensänderung, sondern in einer Neuformulierung der Verbandsziele in der Satzung mündete? Was waren der Anlass und beeinflussende Faktoren?

Peter Rohland: Der vhw hat sich seit seiner Forderung nach „Konsumentensouveränität“ auf dem Verbandstag 1999 in Weimar für einen Perspektivwechsel auf den Wohnungsmärkten eingesetzt. Nicht mehr der Investor, der Stadtplaner, die Wohnungspolitik soll definieren, wie gewohnt werden soll, sondern der Bürger als Konsument am Wohnungsmarkt. Die Notwendigkeit eines Perspektivwechsels in der Verbandsarbeit folgte für den vhw aus der Umbruchsituation, in der sich die Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik zur Jahrtausendwende befanden. Die Umbruchssituation war in den größeren Kontext eines sich wandelnden Staats- und Gesellschaftsverständnisses einzuordnen. Diese lässt sich stichwortartig wie folgt skizzieren: die demografische Entwicklung, die Leistungsgrenzen des Sozialstaates, die Globalisierung und nicht zuletzt die klimapolitischen Herausforderungen, denen auch – und insbesondere auf der Ebene der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik – wirkungsvoll begegnet werden muss. Der Staat war daher in der damaligen Situation in der Diskussion über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft



in die Defensive geraten. Vor diesem Hintergrund handelte es sich bei der Diskussion über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft vor allem um eine Diskussion über ein Demokratiemodell, das die Machtteilung zwischen Staat und Gesellschaft erneut auf die Tagesordnung setzt. Die Antwort hierauf ist – und diese Auffassung hat sich der vhw mit seinem Perspektivwechsel zu eigen gemacht – das gesellschaftliche Leitbild der „Bürgergesellschaft“ mit seinem Konzept des „aktivierenden Staates“. Es wird mit diesem Leitbild dem Bürger ein Mehr an Eigenverantwortung abverlangt und im Gegenzug vom Staat ein Mehr an Transparenz und ein Mehr an Partizipation gefordert. Diese Neuausrichtung wurde erstmals in der Satzungsänderung aus dem Jahr 2003 verankert, indem der Verband mit seiner Arbeit auf eine Stärkung der Souveränität des Bürgers in den Handlungsfeldern Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik hinarbeiten sollte. Im Zuge dieser Neujustierung der Verbandsarbeit wurden die Gremien des Verbandes, die Verbandszeitschrift und nicht zuletzt der Name des Verbandes geändert. Aus dem Deutschen Volksheimstättenwerk e. V. wurde der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. – eine zwingende Notwendigkeit. Mit der neuen Satzung 2009 fanden die neue Ausrichtung und die geänderten Strukturen endgültig eine Form.

Herr Prof. Aring, wie haben Sie es damals aus der Außensicht wahrgenommen?

Jürgen Aring: Die spannenden fachlichen Diskussionen, die im vhw über ein sich änderndes Staatsverständnis und die Stadtgesellschaft geführt und in das Kuratorium als Resonanzraum hineingetragen wurden, habe ich schon angesprochen. Dementsprechend „suchend“ waren auch die Verbandstage. Die Vorträge und Diskussionen dort passten so gar nicht zu dem Auftreten, das man bei einem wohnungspolitischen Verband erwartete, der 1946 zur Überwindung der Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden war und später den Fokus auf Wohneigentumsbildung gelegt hatte. Verbandsentwicklung durch kreativen Diskurs – so hat Peter Rohland die Transformation beständig vorangetrieben. Er hat die Suche lange genug offengehalten, damit sich etwas Gutes entwickeln konnte. Daneben bestand die Fortbildung, für die der vhw schon lange geschätzt war. Ihr Angebot wurde immer weiter ausgebaut. Die heute selbstverständliche Zwei-Säulen-Struktur mit vhw-Fortbildung und vhw-Forschung geht letztlich auf diese Zeit zurück.

Zwei-Säulen-Struktur – ein gutes Stichwort. Herr Rohland, Sie haben dem vhw neben dem traditionellen „Standbein“ der Fortbildung auch ein starkes „Spielbein“ mit der Forschung gegeben. Was war Ihnen wichtig? Womit konnte sie sich positionieren?

Peter Rohland: Die Anpassung der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik an die Bedingungen der „Bürgergesellschaft“ im „aktivierenden Staat“ voranzutreiben war nunmehr die künftige Aufgabe des vhw. Dabei hat sich bald die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine erfolgreiche Transformation des aktivierenden Staates in die Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine Grundlagenarbeit auf zwei Feldern voraussetzt, und zwar auf den Feldern der Transparenz und der Partizipation. Die Funktionsfähigkeit des aktivierenden Staates im Sinne einer neuen Arbeitsteilung und insbesondere die erweiterte Rolle und Teilhabe des Bürgers setzt also zunächst differenzierte Kenntnisse über Zusammenhänge, sachliche und räumliche Wirkungsmuster über Bürgerverhalten und -wünsche voraus. Zu diesem Zweck mussten neue Instrumente entwickelt und sachgerecht eingesetzt werden. Dies erfolgte u.a. durch den Rückgriff auf die Lebensstil- bzw. Milieuforschung des Verbandes und der dadurch gewonnenen Milieupertise. Auf der Grundlage dieser Arbeit, die gemeinsam mit dem Sinus-Institut durchgeführt wurde, liegen ausdifferenzierte Profile aller Milieus einer Stadtgesellschaft vor. Sie reichen von den grundsätzlichen Orientierungspunkten der Lebensgestaltung über die Ansprüche an Wohnen oder das nachbarschaftliche Zusammenleben bis hin zu Konsumpräferenzen. Damit erhält man einen Zugang zur gesamten Stadtgesellschaft und damit auch zu den Milieus, die sich dem bisherigen stadtentwicklungspolitischen Dialog weitgehend entzogen haben. Darüber hinaus verlangte die neue Verantwortungsteilung eine sehr viel stärkere und aktivere Partizipation des Bürgers. Dies erforderte eine Fort- bzw. Neuentwicklung von kooperationspezifischen Handlungs- und Steuerungsinstrumenten, die der Verband auch unter Einbeziehung externer Expertise neben der Milieuforschung aufgenommen hatte.

Herr Prof. Aring, wie hat sich die vhw-Forschung dann weiterentwickelt?

Jürgen Aring: Die offene Diskussion im vhw über gesellschaftliche Veränderungen und ihre Herausforderungen für politisches und administratives Handeln, die Peter Rohland angestoßen hat, steckt in der DNA des heutigen Bereichs Forschung. Aber die Welt dreht sich weiter. Was ab Mitte der neunziger und in den frühen 2000er Jahren in Staat und Gesellschaft als neue Antwort diskutiert wurde, wird heute mit Begriffen wie „Globalisierungsschub“ und „neoliberales Paradigma“ schon kritisch etikettiert. Die Finanzkrise ab 2007, die Zuwanderung der Geflüchteten 2015/2016, das Wachsen antiliberaler populistischer Bewegungen, eine Veränderung des öffentlichen Diskurses durch social media sowie Identitätspolitiken stellen uns vor neue Herausforderungen. Hinzu kommen die Klimapolitik und die Frage sozialer Gerechtigkeit, weshalb die Wohnungs- und Bodenpolitik wieder hoch auf die politische Agenda gerückt ist. Wenn der vhw heute über Lokale Demokratie spricht, sind andere Antworten gefragt als vor zehn oder fünfzehn Jahren. Unsere vhw-For-



schung geht in diesem Sinne mit der Zeit. In den letzten Jahren wurde die vhw-Forschung systematisch ausgebaut. Um in der Forschungslandschaft präsent zu sein, müssen Sie sich über Jahre einen Namen machen, viele Projekte durchführen, publizieren, Vorträge halten und sich vernetzen. Auf diesem Weg vom kreativen Außenseiter zu einem respektierten, unabhängigen Wissenschaftsakteur sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Wenn der vhw beim diesjährigen Kongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bei vier Themen eingebunden war, dann sagt das eine ganze Menge Gutes über die vhw-Forschung.

Herr Prof. Aring, manche Außenstehende denken, die vhw-Forschung produziert Wissen und die vhw-Fortbildung trägt es über Seminare in die Praxis.

Jürgen Aring: So einfach ist es nicht. Unsere Fortbildung ist sehr anwendungsorientiert und hilft überwiegend kommunalen Mitarbeitern, eine gute Verwaltungsarbeit zu leisten. Sehr viel ist verrechtlicht, und durch die Rechtsetzung und Rechtsprechung ist alles in einem stetigen Fluss. Auch unsere Seminare müssen deshalb von Jahr zu Jahr weiterentwickelt werden. Die Impulse dazu kommen hauptsächlich von unseren Fortbildungsreferenten und Dozenten. Gleichwohl konnten wir das Zusammenspiel von Forschung und Fortbildung über die Jahre steigern. Ein besonders schönes Beispiel dafür ist unser „Praxisleitfaden Milieuwissen“, den Forschung und Fortbildung gemeinsam erarbeitet haben, und der sowohl in Fortbildungsseminaren wie Forschungsworkshops zum Einsatz kommt.

Herr Rohland, es klingt alles so glatt, wenn wir zurückschauen. Hat es auch Rückschläge gegeben? Widerstände? Zweifel?

Peter Rohland: Die Neuausrichtung des vhw war in der Tat ein langwieriger Prozess mit weitreichenden Konsequenzen für die Verbandsarbeit. Denn mit einer Verbandsarbeit, die sich aus der Perspektive des Bürgers ableitet, gab es für den vhw nicht mehr „die“ zu präferierende Wohnform oder „den“ favorisierenden Wohnort. Dieser Wechsel hat den Mitgliedern, aber auch den Verbänden der Wohnungswirtschaft, mit denen der vhw bisher eine angebotsorientierte Politik verfolgt hatte, einiges abverlangt und (vorübergehend) auch zur Trennung geführt.

Herr Prof. Aring, das 75-jährige Jubiläum des vhw wird überschattet von der Coronapandemie. Wie verkraftet das der Verband?

Jürgen Aring: Wir haben bisher noch wenig über die vhw-Fortbildung gesprochen. Der weitaus größte Teil unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen arbeitet für dieses Feld. Im Jahr 2019, vor der Corona-Krise, führten wir 1.938 Veranstaltungen

durch und erreichten damit über 52.000 Interessierte. Das passte in die wunderbare Erfolgsgeschichte der vhw-Fortbildung über zwei Jahrzehnte, in denen die Teilnehmerzahlen verdoppelt werden konnten. Als wir dann Mitte März 2020 von einem Tag zum anderen aufgrund des Lockdowns den umfangreichen Fortbildungsbetrieb einstellen mussten, war das ein harter Schlag. Wenn sich die Schließung dann über Monate hinzieht, wird es existenzgefährdend. Sie können das nicht aussitzen und auf bessere Zeiten hoffen. Deswegen haben wir mit umfangreichen Maßnahmen gegengesteuert, um den vhw und die Arbeitsplätze zu sichern. An Sparmaßnahmen führt in einer solchen Krise kein Weg vorbei. Ebenso wichtig war der Aufbau eines digitalen Webinarbetriebs als alternatives Angebot. Unmittelbar nach dem ersten Lockdown im März 2020 hat sich ein kleines Team an dieses Projekt gemacht, und binnen eines Jahres ist aus einer Idee ein starker Geschäftszweig digitaler Bildungsangebote geworden. Von unseren Kunden wird es sehr gut angenommen, und wir bekommen sehr aufmunternde Rückmeldungen. Insofern ist die Pandemie zwar ein Rückschlag, ein sehr heftiger sogar, aber sie ist für uns auch ein Innovationstreiber. Was wir in dieser Krise gelernt und aufgebaut haben, bleibt uns auch darüber hinaus erhalten.

Herr Rohland und Herr Prof. Aring, der vhw hat in 75 Jahren viel gemacht, viel mitgemacht und vieles mit vielen gemacht. Wagen Sie einen Blick in die Zukunft!

Peter Rohland: Der vhw hat es in seiner 75jährigen Geschichte verstanden, die gesellschaftlichen Herausforderungen in seinen Handlungsfeldern Stadtentwicklung und Wohnen zeitgemäß aufzugreifen bzw. zum Teil auch zu antizipieren und einen eigenen zielführenden Beitrag zu leisten. Mit der heutigen Diktion wird man sagen können, der vhw hat sich immer „resilient“ gezeigt, was nicht zuletzt sein Handeln in den Zeiten von Corona belegt. So wie der Verband derzeit von der Verbandsspitze bis zu seinen Untergliederungen aufgestellt ist, ist der Glückwunsch „ad multos annos“, der bei Hochbetagten (Institutionen) angezeigt ist, ein Wunsch, der sich mit höchster Wahrscheinlichkeit einstellen wird.

Jürgen Aring: Fragen Sie mich am 80. Geburtstag des vhw. Dann erzähle ich Ihnen, wie die Zukunft gewesen ist. Ich arbeite darauf hin, Ihnen dann von einer allseits nachgefragten Fortbildung, einer innovativen und geschätzten Forschung sowie einem gut vernetzten Verband berichten zu können, der einen anerkannten Beitrag zum Gemeinwohl beisteuert. Viele, die diese Zukunft des vhw mit Kompetenz und Engagement gestalten, sind schon an Bord. Andere werden hinzukommen. Deswegen bin ich nicht nur optimistisch, sondern auch zuversichtlich.

Am Puls der Zeit

Interview mit dem vhw-Verbandsratsvorsitzenden



Dr. Peter Kurz
Vorsitzender des
vhw-Verbandsrates,
Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim

Herr Dr. Kurz, Sie haben im Jahr 2010 Reinhart Chr. Bartholomäi als Verbandsratsvorsitzenden des vhw abgelöst. Wie sind Sie zum vhw gestoßen?

Reinhart Bartholomäi hat mich auf Basis verschiedener Kriterien angesprochen. Eines war interessanterweise die Erfahrung mit „süddeutscher“ Beteiligungsorientierung. Ich habe mich erst dann intensiver mit dem vhw befasst. Da ich mich gerade mit den damals für den Verband neuen Themen der Milieuforschung und lokaler Demokratie schon intensiv befasst hatte, habe ich mich gerne für den vhw engagiert. Beides hat unterstrichen, dass Stadtentwicklung und Wohnen von Gesellschaftspolitik nicht zu trennen ist und diese – natürlich schon immer vorhandene – Erkenntnis Verbandspraxis, aber auch Praxis vor Ort bei Unternehmen und Kommunen verändert hat.

Stichwort „Lokale Demokratie“: Was können die Erkenntnisse aus der vhw-Forschung für die Kommunen ganz konkret im Arbeitsalltag bedeuten?

Zentral scheint mir das Bewusstsein, dass unreflektierte, nicht professionell gestaltete Beteiligung Marginalisierung verstärken und Qualität mindern kann. Die Erkenntnisse der Forschung und die Fortbildung zu nutzen, bringt einen echten Mehrwert in der Alltagspraxis.

Eine naheliegende Frage an Sie in Ihrer Funktion als Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt: Wo sehen Sie den Mehrwert einer Mitgliedschaft im vhw für die Städte und Kommunen in Deutschland (sowohl in der Fortbildung, als auch in der Forschung)?

Die Bedeutung der vhw-Fortbildung für die Städte und Gemeinden lässt sich schon allein aus den stetig steigenden Teilnehmerzahlen ableiten. Auch die Breite und die Qualität des Seminarangebotes sprechen für sich, und sicher ist dies weiterhin für zahlreiche Kommunen der Beweggrund Nummer 1, Mitglied im vhw zu werden. Darüber hinaus ist die Forschung sehr hilfreich, Dynamiken und die erhöhte Komplexität gesellschaftlicher Entwicklung besser zu verstehen, lokale Prozesse besser einordnen zu können. Forschung und Fortbildung sind gerade im angesprochenen Thema der Beteiligung wichtiger geworden, weil die Verwaltung „politischer“ geworden ist bzw. werden muss. Das ist für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu. Die Zahl der Beteiligungsprozesse ist so gestiegen und ebenso die Kommunikationsbedarfe, dass diese nicht mehr von OBs und BMs allein gesteuert bzw. geleistet werden können.

Inwiefern speisen sich der Ansatz und die Inhalte des vhw als „Idealverband“ auch aus der Heterogenität und Interdisziplinarität seiner Gremien?

Es sind in der Tat zwei Seiten derselben Medaille: Eine heterogene Mitglied- und Beraterschaft ist nicht geeignet für eng geführte Interessenpolitik, und umgekehrt lädt die Positionierung als Idealverband viele ein, die sich mit dem Ziel der inklusiven und gemeinsam gestalteten Stadt identifizieren, mitzuwirken.

Wie würden Sie die erforderlichen Schritte des Verbandes nach der Coronapandemie in eine mittel- und langfristige Zukunft umreißen?

Zum einen werden die Folgen der Pandemie die inhaltliche Arbeit mit den Stichworten „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und „Zukunft der (Innen)Städte“ bestimmen. Zum anderen hat der vhw sich in einem beeindruckenden Tempo in der Fortbildung auf virtuelle und hybride Formate umgestellt. Das wird mit Überwindung der Pandemie nicht enden. Hier liegen auch Chancen, mehr Wirkung zu erzielen.



Der vhw ist extrem am Puls der Zeit, weil er versucht, eine Antwort auf die dringende Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer hoch diversen Gesellschaft zu finden.



Die Verbandszeitschrift des vhw: ein Forum für alle, die Stadt gestalten

Was gibt es Neues zum vhw, zum Bundesverband? Worüber spricht die Community in der Stadtentwicklung? Das „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ gibt als Verbandszeitschrift des vhw Antworten – und das alle zwei Monate. Noch bis zum Ende der 1990er Jahre erschien ihr Vorläufer unter der Bezeichnung „Informationsdienst und Mitteilungsblatt des Deutschen Volksheimstättenwerks“ zweimal monatlich – also 24 Mal im Jahr. Die Inhalte bezogen sich mehr auf aktuelle Entwicklungen rund um Themen wie Bausparen, Gesetzesänderungen oder Bauen – Siedeln – Wohnen. Im Jahr 2000 wurde aus dem 12-seitigen „Mitteilungsblatt“ eine richtige „Zeitschrift“ mit dem Titel „Forum Wohneigentum“, wobei auch im ersten Jahrgang noch 12 Ausgaben erschienen – seit 2001 erscheint die Zeitschrift mit jeweils 56 Seiten konstant sechsmal im Jahr. Mit der Satzungs- und Namenänderung im Verband ging im Jahr 2009 auch die Umbenennung der Zeitschrift in „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ einher. Das letzte „Face-lifting“ erhielt sie im Jubiläumsjahr 2021 anlässlich des 75-jährigen Verbandsgeburtstags und der Einführung des neuen Logos.

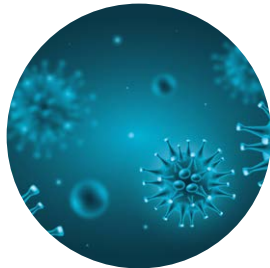
Als Verbandsorgan des vhw versteht sich die Zeitschrift als ein Forum von und für Akteure der räumlichen Planung. Jede Ausgabe ist einem Schwerpunktthema gewidmet. Wir erreichen mit unserer Zeitschrift unsere rund 2.200 institutionellen Mitglieder, die hauptsächlich Kommunen und Wohnungsunternehmen vertreten. Darüber hinaus beziehen – bei einer Gesamtauflage von derzeit 3.000 Exemplaren – zahlreiche Fachministerien, wissenschaftliche Institute, Verbände und Freiberufler aus den Bereichen Stadtentwicklung, Planung, Soziales und Wohnungswesen die Zeitschrift. Für das Jahr 2020 verzeichneten wir etwa 14.000 Zugriffe auf die Online-Beiträge.



Verbandstag – Jahreshighlight

2020

Corona, kein
Verbandstag



2018

Meinungsbildung vor
Ort: Chancen für Stadt-
entwicklung und lokale
Demokratie



2016

Der Markt wird's schon
richten? **Wohnungspolitik**
als Gemeinschaftsaufgabe



2014

Städtische Vielfalt
als Chance



2012

BürgerMachtStadt –
Kommunen als
Rettungsanker der
Demokratie



2021

Digitalisierung:
Treiber in der
Stadtentwicklung



2019

Vertrauen –
Transparenz –
Kontrolle



2017

Mit **Vielfalt** umgehen!
Eine Herausforderung
für lokale Demokratie
und Stadtentwicklung



2015

Bürger, Politik und
„die dazwischen“ –
Unterschätzte
Intermediäre?



2013

Vielfalt leben:
Welche (Stadtentwicklungs-)
Politik brauchen wir?

zum Austausch und Netzwerken

2011

Vom Veto zum Votum –
mehr **Dialog** für mehr
Demokratie



2009

Die **Neuvermessung** der
Stadtgesellschaft



2007

Migration, Integration,
Bürgergesellschaft –
Potenziale nutzen –
Zukunft der Stadt-
gesellschaft gestalten



2005

Stadtregional denken – nachfrageorientiert planen

2004

Stadtumbau – die Bürger im Blick

2003

Die Zukunft des **Wohneigentums** in Staat und Gesellschaft

2002

Wohnraumpolitik für die Regionen der Zukunft –
Transparenz, Handlungsfelder, Institutionen

2001

Was hat Bestand in der Wohnraumpolitik?

2000

Migration und **Stadtstruktur** – eine
Herausforderung für die europäische Stadt

2010

Städtenetzwerk

Lokale Demokratie –
Bürgerorientierung
in der Integrierten
Stadtentwicklung



2008

Engagementpolitik

und Stadtentwicklung –
ein neues Handlungs-
feld entsteht



2006

Mittendrin statt nur dabei –
Bürger entwickeln Stadt
60 Jahre vhw



1997

Eigentumsbildung in Ostdeutschland – wohnungs-
politische und rechtliche Rahmenbedingungen

1991

Die deutsche Einheit – Auftakt zur
Gestaltung einer neuen Wohnungspolitik

1970

Das **Grundeigentum** in der Sozialordnung
der siebziger Jahre

1947

Das Erbe Adolf Damaschkes –

Das vhw verwaltet es unter neuen
Voraussetzungen

... ach, die mit den guten Veranstaltungen

Kernkompetenz Fortbildung

„vhw? Das sind doch die mit den Fortbildungen!“ In Rathäusern, Kreisverwaltungen und bei so manchem anderen Player im kommunalen Umfeld hört man solche Sätze, wenn man sich als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter des vhw zu erkennen gibt. vhw-Fortbildung – das ist im Laufe von 75 Jahren eine starke Marke mit hoher Bekanntheit innerhalb unserer Zielgruppe geworden.

Und wie erfreulich: Man erhält zugleich ein Lächeln. Und im besten Fall auch noch eine Erzählung vom Besuch einer besonders gelungenen und in Erinnerung gebliebenen vhw-Veranstaltung: von der fachkundigen Dozentin, dem freundlichen Empfang, dem spannenden Austausch mit Kolleginnen und Kollegen, dem guten Essen. Fortbildung kann eben fortbilden und zugleich richtig Spaß machen.

Genau das ist unsere Mission, die wir auch nach 75 Jahren noch konsequent verfolgen: als Fortbildungspartner der Kommunen und des kommunalen Umfelds dabei zu unterstützen, dass öffentliche Verwaltung modern, professionell und bürgernah funktioniert. Diese großen Worte nehmen bei uns Jahr für Jahr zehntausendfach konkrete Formen an: Da ist der Berufseinsteiger, der eine klare Orientierung in seinem neuen Sachgebiet findet; die erfahrene Sachbearbeiterin, die endlich auch ihre „Bauchschmerz“-Vorgänge souverän bearbeiten kann; der Referent, der sich von neuen Planungsmethoden inspirieren lässt; oder die Leitungskraft, die neue Impulse für ihr Führungshandeln mitnimmt. Täglich begegnen wir diesen Menschen, begleiten sie ein kleines Stück, stärken sie für ihre jeweiligen Aufgaben und freuen uns über jeden Erfolg, den die öffentliche Verwaltung dadurch erreicht.

Deutsches Volksheimstättenwerk
Landesverband Nordrhein-Westfalen

© Düsseldorf
Altenstraße 19/1
Postfach Nr. 120

6. 7. 1949

Kurzlehrgang über Wohnungsbau und Kleinsiedlung

Lehrgangsplan:

Tag	Thema	Redner
Samstag 17. 12. 1949 10 bis 19 Uhr	Landbeschaffung Eigene, Nachbarschafts- und gemeindliche Hilfe und das Münster-Lehnbauverfahren	Dr. jur. Mönch Schüttler, Kreisbaumeister a. D.
Montag	Organisations- und abteilungs- trägerfragen Finanzierungsfragen des Volkswohnungsbaus und der Kleinsiedlung	Dr. Ing. Kruschwitz Dr. Ing. Kruschwitz
Dienstag	Praktische Fragen der Wohnungs- Wohnungsbauhilfe -abteilung von Kupelkamp Allerhand Anfragen	Stoppel-Wilmstätte Dinne Dr. Ing. Kruschwitz

II. Einzelheiten:
Zeitraum: vom Freitag, 16. 12. 1949, gegen 18 Uhr.
Ort: Spelkamp, 4. Restaurant "Zur Waldriede"
um 12 Uhr an der Haltestelle Spelkamp der Bahnhofs-
Bundeseisenbahnen
Kosten: Lehrgangsbeteiligung einschließlich Unterkunft und Ver-
pfllegung M. 30,50 (dreitägig DM), um deren rechtzeitige
Bezahlung auf unser Postcheckkonto Nr. 8437 wir
bitten.
Belegkarten: Belegkarten für 4 Tage (Von Freitag, 16. 12. 1949, ab-
schliesslich Reiseverpflegung für Rückreise) 1200 gr
Netto, 200 gr Wärmittel, 100 gr Fleisch, 30 gr Fett
sind zu richten an: Deutsches Volksheimstättenwerk, Land-
esverband Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Altenstraße 19/1

- Thema Landbeschaffung beim Kurzlehrgang über Wohnungsbau und Kleinsiedlung 1949

So zeitlos diese Mission erscheint, so wenig sie im Verlauf der letzten 75 Jahre an Aktualität verloren hat, so unterschiedliche Formen hat sie doch im Laufe der Zeit angenommen. Und auch die Größenordnungen haben sich in der langen vhw-Geschichte deutlich verändert.

Wie so oft in der Geschichtsschreibung verlieren sich die vergangenen Ereignisse in den Nebeln der Vergangenheit und lassen sich für die ersten Jahrzehnte unseres Bestehens nur bruchstückhaft rekonstruieren. Eine durchgängige Dokumentation von Veranstaltungs- und Teilnehmezahlen besteht erst seit 1982. Immerhin liegt eine Eröffnungsbilanz vor: Bis dahin verzeichnete die vhw-Fortbildung seit ihrem Bestehen in Summe 1.378 Veranstaltungen mit insgesamt gut 140.000 Teilnahmen. Das macht pro Jahr im Durchschnitt etwa 40 Seminare mit jeweils einem etwa hundertköpfigen Publikum.

Ziemlich sicher fing es aber in den frühen 1950er Jahren viel kleiner an – mit zarten Pflänzchen, die über die Jahre mal langsamer und mal schneller wuchsen. Der genannte Durchschnittswert mag vielleicht um 1970 erreicht worden sein. 1982 fanden jedenfalls schon 78 Veranstaltungen statt, an denen gut 7.000 Personen teilnahmen. 1985 wurde die 100er Marke bei den Seminaren und die 10.000er Marke bei den Teilnehmern überschritten – aus damaliger Sicht eine beachtliche Leistung: Der vhw – damals noch mit dem ursprünglichen Namen „Volkshemstättenwerk“ – war zu dieser Zeit stark vom Ehrenamt geprägt und ganz überwiegend regional in Landesverbänden organisiert.

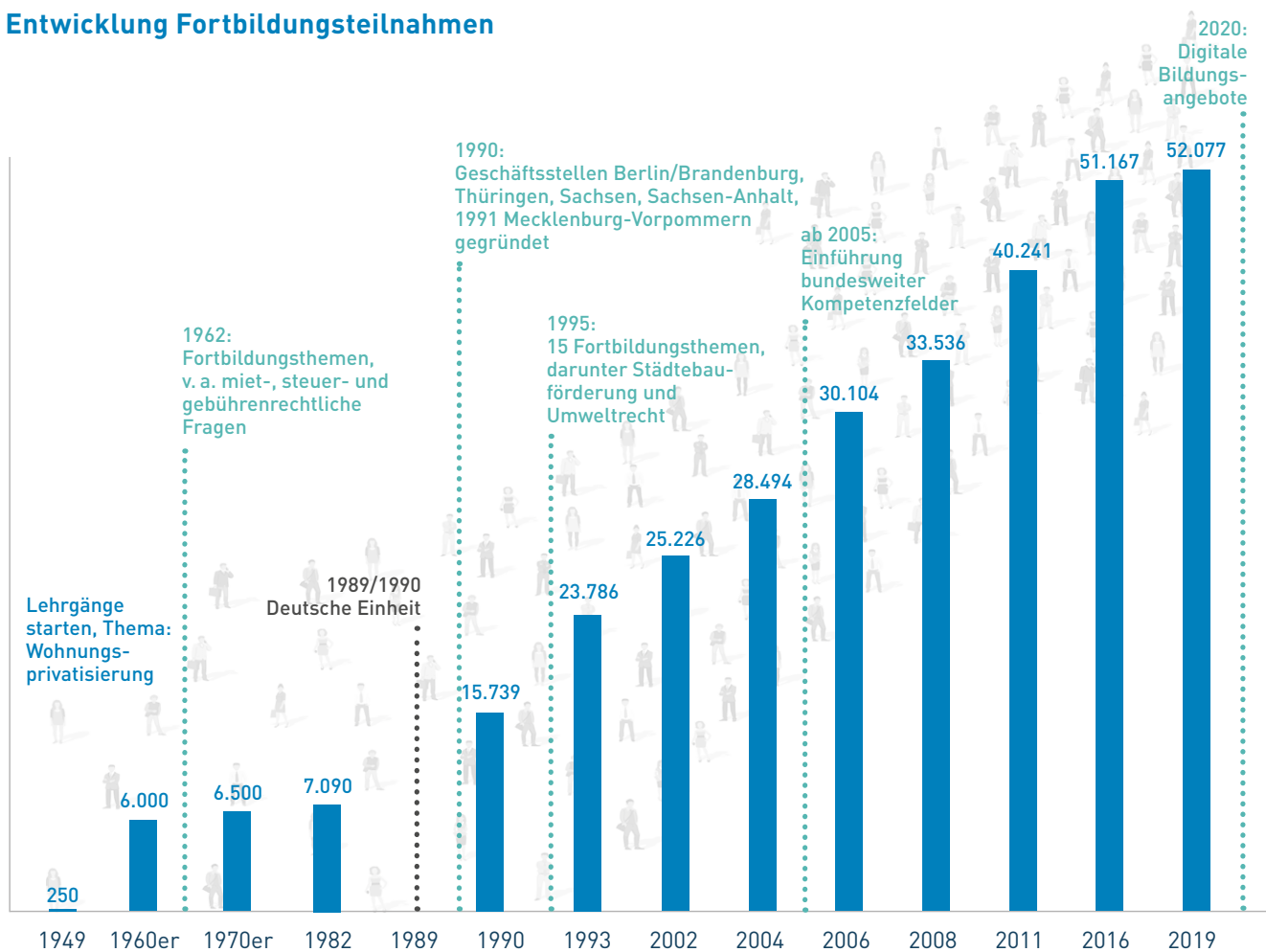


■ Infostand in den frühen sechziger Jahren

Einen erheblichen Wachstumsschub brachte einige Jahre später die deutsche Einheit und die sich daraus ergebende enorme Nachfrage nach Fortbildung für die Kommunalverwaltung in den neuen Bundesländern. Von 1989 bis 1993 konnte die vhw-Fortbildung ihre Teilnehmerzahl annähernd verdoppeln. Wer das Silberne Dienstjubiläum bereits hinter sich hat und diese Zeit miterlebte, erinnert sich noch an gut gefüllte Stadthallen in so manchen ostdeutschen Städten, in denen die zahlreiche Kundschaft mit Stift und Bogen in der Hand dem Vortrag des Dozenten lauschte und dabei fleißig mitschrieb. Über 30 Prozent aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen in den Jahren nach der Wiedervereinigung aus dem Osten Deutschlands.

Während diese Jahre vor allem durch große Veranstaltungen zu den Themen Boden, Planen, Bauen, Wohnen und Mieten in Kommunen geprägt gewesen waren, steht das folgende Jahrzehnt im Zeichen der thematischen Differenzierung. Fortbildungen werden kleiner, themenspezifischer, stärker auf einzelne berufliche Herausforderungen einer bestimmten Zielgruppe zugeschnitten. Von 1993 bis 2002 bleibt der vhw bei der Teilnehmerzahl einigermaßen konstant, während die Zahl der Veranstaltungen auf das Doppelte wächst. Einzelne größere Veranstaltungen blieben aber erhalten und haben sich als Konferenzangebot fest etabliert – so etwa die Bundesrichtertagung sowie mehrere Foren im Baurecht, Mietrecht, Vergaberecht sowie Abgaben- und Gebührenrecht.

Entwicklung Fortbildungsteilnahmen





■ Der sachgerechte Bebauungsplan aus dem vhw-Verlag



■ Vergaberechtsforum 2015 in Potsdam

Was folgt, ist ein erneuter Wachstumsschub auch bei den Teilnahmen: Ausgehend von gut 25.000 Seminargästen im Jahr 2002 liegt die Zahl nur vier Jahre später bei über 30.000, weitere fünf Jahre später (2011) bei über 40.000 und nach weiteren fünf Jahren (2016) bei über 50.000. Im Jahr 2017 wird schließlich das bisherige Allzeithoch erreicht: Die vhw-Fortbildung gewinnt mit knapp 1.800 Veranstaltungen etwas über 53.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer!

Die vhw-Fortbildung präsentiert sich aktuell als bedeutender All-round-Anbieter hochwertiger Bildungsformate für die Kommunalverwaltung und alle Akteure im kommunalen Umfeld. Neben ein- bis mehrtägigen Fortbildungsveranstaltungen, die den Schwerpunkt unseres Angebots bilden, gehören zum Produktportfolio auch Fachpublikationen des vhw-Verlags, der seit über 40 Jahren zur vhw-Familie gehört. Seit etwa zehn Jahren bietet der vhw mit den Fernlehrgängen auch berufsbegleitende Fortbildungen mittlerer Dauer in verschiedenen einschlägigen Rechtsgebieten an.

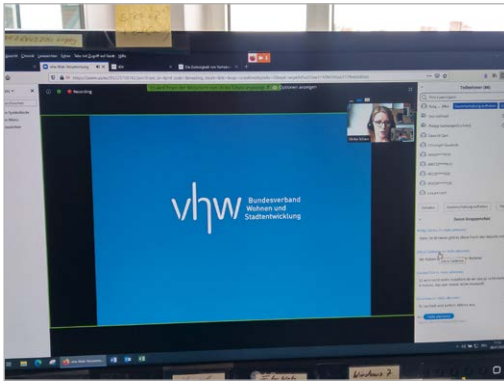
Viel ist in den letzten zwanzig Jahren passiert, um diesen Erfolg zu zeitigen. Zum einen sind die Jahre gekennzeichnet durch eine deutliche Erweiterung des Themenspektrums: Zu allem, was die Kommunalverwaltung macht, legt der vhw ein Angebot vor, das scheint das Motto zu sein. So stieg etwa das Sozialrecht ab 2005 innerhalb weniger Jahre zum zweitstärksten Themenfeld nach dem Baurecht auf.

Aktuell gibt es auch Tagesveranstaltungen, die sich ausschließlich dem elektronischen Rechtsverkehr der Sozialgerichte oder der Planung und dem Bau betreuter Wohnformen widmen. Das letzte Beispiel zeigt auch, dass es nicht immer nur um rechtliche Themen geht. Das juristisch geprägte Angebot wird vielmehr nun ergänzt durch andere Perspektiven. Auch Fragen zur effizienten Organisation von Verwaltungsprozessen, zur Personalführung sowie zu Planungs- und Steuerungsmethoden rücken dabei in den Mittelpunkt.

Zudem hat die vhw-Fortbildung in diesen Jahren große Teile ihrer inneren Organisation geändert und an die neuen Größenverhältnisse angepasst: Prozesse werden zentralisiert, vereinheitlicht und professionalisiert, schlagkräftige Teams von Referentinnen und Referenten mit der Programmentwicklung beauftragt.

Breit gefächertes Themenportfolio





■ Neue digitale Bildungsangebote ab 2020, rasant entwickelt

Und nicht zuletzt ging diese Entwicklung einher mit einer enormen Erweiterung des vhw-Netzwerks. Für den vhw sind inzwischen etwa 2.400 Dozentinnen und Dozenten tätig. Unser Dozentenstamm hat sich mit zunehmendem Wachstum nicht nur vergrößert, sondern auch verändert und ist vielfältiger geworden: Man begegnet nun verschiedenen akademischen und beruflichen Hintergründen, Jung und Alt, Frauen und Männern, Ruhigen und Lebhaften, kurz: ganz verschiedenen Persönlichkeiten mit ganz verschiedenen Lehrstilen.

Wie wird die vhw-Fortbildung wohl beim hundertsten Jubiläum auf die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zurückblicken? Eins ist sicher: Fortbildung wird auch in Zukunft ihre Form verändern und in 25 Jahren anders aussehen als jetzt. Wie genau? Das wissen wir natürlich noch nicht. Aber manches lässt sich schon in Grundzügen erahnen.

Digitaler wird es sicher. 2020 haben wir mit unseren vhw-Webinaren erstmals ein digitales Fortbildungsformat entwickelt und in den folgenden Monaten groß ausgerollt. Ein Gebot der Stunde, denn wenn Fortbildung nur digital und nicht analog stattfinden darf, sind Webinare die perfekte Alternative. Aber auch wenn niemand mehr von Corona spricht, werden viele Interessenten die Vorteile digitaler Bildung zu schätzen wissen: die große Flexibilität, der geringe Organisationsaufwand, die Punktgenauigkeit – Laptop aufklappen, einloggen, los geht's!

Wird es auch interaktiver? Immer öfter begegnen wir diesem Wunsch: statt Vortrag Workshop, statt Präsentation Dialog, statt Zeigen Ausprobieren. Das geht in Präsenz, aber mit den neuen technischen Mitteln auch zunehmend im digitalen Raum. Oder noch punktgenauer? Liefern wir Fortbildungsangebote zukünftig auf Nachfrage innerhalb von Wochen oder gar Tagen aus? Gibt es zukünftig standardmäßig auch besondere Angebote zum Lerntransfer? Oder werden gar vermehrt Pakete von Fortbildung und anschließender individueller Beratung nachgefragt?



■ Neues vhw-Studio mit Greenscreen

Mit 75 Jahren im Rücken freuen wir uns auf eine spannende Zukunft. Die ersten Schritte setzen wir jetzt: Neben das altbewährte Seminar und das fast schon etablierte Webinar tritt eine neue Formatvielfalt – digitale Fernlehrgänge, Blended-Learning-Angebote, Videokurse. Damit wir in 25 Jahren bei der Erstellung der nächsten Broschüre so beginnen können: „vhw? Das sind doch die mit den guten Fortbildungen!“

Fortbildung im vhw – damals und heute

Interview



Prof. Dr. Hans-Joachim
Driehaus

Pädagogischer Leiter
Fernlehrgänge vhw,
Vorsitzender Richter
beim Bundesverwal-
tungsgericht
1997 bis 2005, Ehren-
mitglied des vhw

Herr Prof. Driehaus, wie kamen Sie, der Sie im Hauptberuf später Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht wurden, 1977 zum vhw und was hat Sie bewogen, bis heute beim vhw mitzuarbeiten?

Meinen ersten Kontakt mit dem vhw stellte 1977 Werner Pohl her, seinerzeit Geschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und im Hauptberuf Stadtrechtsdirektor in Köln. Damals bestand der Bundesverband in Bonn nach meiner Erinnerung im Wesentlichen aus zwei älteren Herren, deren Tätigkeit sich weitgehend auf die Anfertigung von Stellungnahmen zu Gesetzesvorlagen beschränkte, die das Bau- und Wohnungswesen betrafen. Werner Pohl hatte wohl als Erster erkannt, dass die Existenz des – wie es damals hieß – Deutschen Volksheimstättenwerks ohne Einnahmen aus Fortbildungsveranstaltungen nicht gesichert werden könne. Inzwischen bin ich dem vhw über 40 Jahre verbunden, weil mir die Arbeit im Aus- und Fortbildungsbereich allgemein und insbesondere in den vom vhw vertretenen Rechtsgebieten stets am Herzen lag; parallel dazu habe ich zunächst Rechtskundeunterricht in Schulen gegeben, sodann habe ich Vorlesungen an einer Fachhochschule gehalten und schließlich wurde ich Honorarprofessor an der Universität Lüneburg.

Wie hat die Fortbildungsarbeit zu Beginn Ihrer Dozententätigkeit in den von Ihnen vornehmlich vertretenen Rechtsgebieten des Erschließungs- und Straßenbaubetriebsrechts ausgesehen?

Ab Ende der siebziger Jahre habe ich als alleiniger Dozent Fortbildungsveranstaltungen in vielen Landesverbänden durchgeführt – und zwar regelmäßig zweimal im Jahr in jedem der Landesverbände. Damals war die Situation ganz anders als heute: Zum einen waren die Landesgeschäftsführer alle ehrenamtlich tätig; ich erinnere nur an Dr. Carl Zill in Niedersachsen, Robert Birnbacher in Bayern, Reiner Wysomirski und Johann Schell in Hessen sowie Dieter P. H. Schilling in Baden-Würt-



temberg; alle Herren hatten in ihren Hauptämtern herausgehobene Positionen vor allem im Wohnungswesen inne. Und zum anderen waren die Teilnehmerzahlen viel höher. Sie lagen jedenfalls bei meinen Veranstaltungen, z. B. in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, jeweils bei über 200, und diese Veranstaltungen fanden deshalb meistens in Stadthallen statt, etwa in Leinfelden-Echterdingen und Sindelfingen sowie in Bad Godesberg und immer wieder in Rheine. Damals habe ich die meisten der bisher insgesamt zwischen 40.000 und 50.000 Teilnehmenden meiner Veranstaltungen erreicht.

Herr Prof. Driehaus, wie haben sie es geschafft, in all den Jahren den Teilnehmern Ihr spezielles Fachwissen zu vermitteln?

Die Grundlage jeder Wissensvermittlung ist eine einfache und klare Sprache. Ich habe, wenn ich ein bestimmtes Problem behandeln wollte, zunächst einen kleinen Praxisfall gebildet und diesen – am besten auf einer Schiefertafel – so angezeichnet, dass keine Unklarheiten über den Sachverhalt bei den Teilnehmenden entstehen bzw. verbleiben konnten. Sodann bin ich regelmäßig durch die Reihen der Teilnehmer gegangen und habe versucht, gemeinsam mit ihnen Schritt für Schritt eine Lösung zu entwickeln. Wenn Teilnehmer allgemein oder speziell angesprochen und ihre Äußerungen zwar gelegentlich korrigiert, aber stets wertgeschätzt werden, sind nach meiner Erfahrung die meisten von ihnen (ggfs. sogar gern) bereit, mit Beiträgen oder weiterführenden Fragen bei der Lösung des gekennzeichneten Problems mitzuwirken. Wichtig ist, dass sie sich eingebunden fühlen, sie die erarbeitete Lösung nachvollziehen und sie immer wieder ergänzende Fragen stellen können. Auf diese Weise können und sollen möglichst viele von ihnen in die Lage versetzt werden, entsprechende Fallgestaltungen in der Praxis sachgerecht zu bearbeiten.

Beständigkeit liegt oft auch im Wandel: 2010 wurden Sie Pädagogischer Leiter für die neuen Fernlehrgänge des Verbandes. Was war das mit diesem neuen Format verfolgte Ziel?

Peter Rohland, der seinerzeitige Vorstand, und ich haben mit den Fernlehrgängen und ihrer Beschränkung auf die Vermittlung eines Basiswissens für Nichtjuristen in verschiedenen Rechtsgebieten (u.a. Städtebaurecht, Mietrecht, Straßenrecht, Anschlussbeitrags- und Benutzungsgebührenrecht, Vergaberecht sowie Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht) mehrere unterschiedliche Ziele verfolgt: Es sollte ein preisgünstiges und praxisorientiertes Format entwickelt werden, durch das vor allem der Bereich der Ausbildung gestärkt werden sollte. Es sollten in erster Linie Personen angesprochen werden, die aus dem einen oder anderen Grund nicht an Präsenzveranstaltungen teilnehmen konnten oder wollten. Auf diesem Wege soll-

ten neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer längerfristig an den vhw gebunden werden. Um diese Ziele zu erreichen, haben wir versucht, die jeweiligen Rechtsgebiete von herausragenden Juristen – vornehmlich Bundesrichtern und besonders qualifizierten Rechtsanwälten – als Autoren gegen ein geringes Honorar in ca. 12 Lektionen und einer für Nichtjuristen verständlichen Sprache darstellen zu lassen. In zahlreichen mündlichen und schriftlichen Äußerungen ist immer wieder der große Gewinn betont worden, den eine erfolgreiche Teilnahme an einem solchen Fernlehrgang für die tägliche Arbeit vermittelt.

Fast nichts geht ohne Zulassung. Wie war es bei der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht?

Der Beginn der Zusammenarbeit mit der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht gestaltete sich recht schwierig, die Anforderungen für die Zulassung von Fernlehrgängen sind ziemlich hoch und nicht ohne Weiteres nachvollziehbar. Ich musste bei der Beantragung der Zulassung für den ersten Fernlehrgang mit umfangreichen ausgefüllten Formularen und zahlreichen Anlagen zweimal zur Vorsprache nach Köln reisen. Nachdem in persönlichen Gesprächen eine Vertrauensbasis geschaffen worden war, verlief allerdings die weitere Zusammenarbeit zwar gelegentlich recht zeitaufwendig, aber in der Sache problemlos.

Im vhw-Verlag sind verschiedene Schriften von Ihnen erschienen. Warum haben Sie gerade diesen Verlag gewählt?

Mein erstes Werk beim vhw-Verlag ist 1978 erschienen. Später habe ich bis 2020 etwa 20 Schriften (einschließlich Neuauflagen) in diesem Verlag veröffentlicht, und zwar vorwiegend zum Erschließungsbeitragsrecht sowie zum Straßenbaubeitragsrecht und zum Wohngeldrecht. Das sind bzw. waren Rechtsgebiete, die ich hauptsächlich im Rahmen von Präsenzveranstaltungen des vhw vertreten habe. Angesichts der weitgehenden Identität des Teilnehmerkreises an diesen Veranstaltungen und des Adressatenkreises der Bücher bot sich die Veröffentlichung im vhw-Verlag an.

Vorwärtsblickend: Was wünschen Sie der Zukunft der vhw-Fortbildung?

Ich wünsche der Zukunft der vhw-Fortbildung – und das drängt sich bei meiner Vergangenheit auf – alles erdenklich Gute. Ich wünsche ihr vor allem ein alsbaldiges und nachhaltiges Wiedererstarken der sowohl für die Teilnehmer als auch für die Dozierenden so wichtigen Präsenzveranstaltungen bei gleichzeitiger Fortentwicklung digitaler Formate, die in der Corona-Krise eine so große Bedeutung gewonnen haben.

Der vhw regional in Baden-Württemberg

Themenentwicklungen und Veranstaltungshöhepunkte aus Sicht eines Regionalgeschäftsführers



Rainer Floren

Geschäftsführer der Geschäftsstelle
Baden-Württemberg seit 1998

Als studentische Hilfskraft bin ich im Dezember 1995 zum vhw gekommen. Neben meiner Aushilfstätigkeit in der ehemaligen Bundesgeschäftsstelle in Bonn-Poppelsdorf habe ich im Auftrag des Hauptgeschäftsführers, Peter Rohland, Konzepte für Seminarreihen zum Thema „Ökologische Stadtentwicklung“ und „Kommunale Verkehrsplanung“ entworfen. Das Fortbildungsangebot des vhw beschränkte sich in dieser Zeit auf rein juristische Themen für Zielgruppen aus den Kommunen und aus der Wohnungswirtschaft. Ziel war die Ausweitung des Fortbildungsangebots um Themen der Stadtplanung und der Partizipation. Für den Landesverband Nordrhein-Westfalen konnte ich im Dezember 1996 ein erstes Seminar zum Thema „Geographische Informationssysteme in der Kommune“ auf den Weg bringen. Der Erfolg dieses Seminars war der Grundstein für die Einführung eines neuen Themenbausteins „Informationstechnik“ und zugleich der Türöffner für eine Festanstellung beim vhw als Fortbildungsreferent.

Neben der Weiterentwicklung der neuen Themenfelder in der Fortbildung war eine meiner ersten Aufgaben, die Fortbildungsangebote der Geschäftsstellen in Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg zu ergänzen. Die zu dieser Zeit noch ehrenamtlich geführten Geschäftsstellen sollten kurzfristig in hauptamtlich geführte Landesverbände überführt werden, was durchaus auch kritisch gesehen wurde.



■ 5. Baurechtstage in Baden-Württemberg 2015: Der damalige Präsident Prof. Dr. Andreas Voßkuhle führt persönlich durch „sein“ Haus, das Bundesverfassungsgericht.

Im September 1998 bin ich zum Geschäftsführer für Baden-Württemberg ernannt worden und habe das Fortbildungsangebot dort von der Geschäftsstelle Sindelfingen aus stetig ausweiten können. Die Umstrukturierung der Themenbearbeitung in bundesweit agierenden Teams ab 2007 ermöglichte eine weitere Ausdifferenzierung unseres Fortbildungsangebots. Ich konnte mich dadurch auf die Themen des Vergabe- und Bauvertragsrechts sowie des öffentlichen Baurechts spezialisieren.

Besonders gern erinnere ich mich an ein Highlight – die 5. Baurechtstage Baden-Württemberg 2015 in Karlsruhe. Als Abendveranstaltung war eine Führung durch das Bundesverfassungsgericht vorgesehen. Warum diese nicht mit dem Präsidenten? Ich fragte an und er zu, sodass Prof. Dr. Andreas Voßkuhle persönlich unsere große Gruppe von Baurechtlern durch das Haus führte: eine ganz besondere Wertschätzung unserer Fortbildungstätigkeit, die auch unsere Tagungsgäste sicher nicht vergessen werden.

Ich wünsche dem vhw, dass wir auch zukünftig mit unserem Fortbildungsangebot immer wieder Menschen zusammenbringen und hierbei, neben der reinen Wissensvermittlung, zur persönlichen Weiterbildung im ganzheitlichen Sinne beitragen können.

Der vhw regional im Saarland

Vom Ehrenamt zum Hauptgeschäft für „Straßenfeger-Veranstaltungen“



Detlef Loch
ehrenamtlicher
Geschäftsführer der Geschäftsstelle
Saarland seit 1990

Zum Geschäftsführer des Landesverbandes Saarland, der sich 1963 gründete, wurde Johann Weinmann aus St. Ingbert berufen, der bis 1989 die Geschäfte im Saarland führte. Nach seinem Ausscheiden im Sommer 1989, wurde ein Nachfolger gesucht – Ein Bewerber mit Verwaltungskompetenz, beruflichem Background in der Kommunalverwaltung und Erfahrungen in der beruflichen Fortbildung war gefragt. In einem ersten Kontaktgespräch mit dem damaligen Hauptgeschäftsführer Peter Rohland im Oktober 1989 in der Bonner Neefestraße wurden die Weichen für meine ehrenamtliche Mitarbeit beim vhw gestellt. Zum 1. Januar 1990 wurde ich Landesgeschäftsführer des Landesverbandes Saarland.

Der vhw war bis Anfang der 2000er Jahre in Landesverbände gegliedert, die von ehrenamtlich tätigen Landesgeschäftsführern geleitet wurden. vhw-Landesverbände gab es – mit Ausnahme von Bremen und Berlin – in allen Bundesländern. Den Landesverbänden oblag es, in ihrem Arbeitsbereich für die Verbandsinteressen zu wirken. Sie pflegten den Kontakt zu den Mitgliedern und entwickelten die Fortbildungsangebote. Beraten wurden wir durch einen Landesausschuss, der die Arbeit des Landesverbandes auf die besonderen Verhältnisse im Saarland abzustimmen hatte. Im Landesausschuss waren die Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände, der Bauverwaltung und der Wohnungswirtschaft des Saarlandes, aber auch namhafte Abteilungs- und Referatsleiter aus dem damaligen Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau – also Politische VIPs würde man heute sagen. Auf Veranstaltungen der Fortbildung wirkten sie mit, und somit gab es durchaus Veranstaltungen mit 100 oder 200 Teilnehmenden, bestehend aus Bürgermeistern, Landräten und Vertretern der Wohnungswirtschaft.

Durchaus exklusiv informierten die Referenten über die Gesetzesvorhaben der jeweiligen Bundesregierung zur Wohnungs- und Städtebaupolitik und deren Auswirkungen auf die Kommunen. Das waren schon „Straßenfeger-Veranstaltungen“. Ausschließlich die Landesverbände übten die Lehrgangstätigkeit, wie die vhw-Fortbildung damals hieß, als wichtigste Aufgabe des Verbandes aus. Sie veranstalteten – damals wie heute – „zur laufenden fachlichen Unterrichtung, zur Fortbildung und zum Austausch von Erfahrungen regelmäßig Arbeitstagungen, Lehrgänge und Seminare für Mitarbeiter/innen der am Wohnungswesen und Städtebau sowie an der Raumordnung beteiligten staatlichen und kommunalen Dienststellen, der Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, der Verbände, Kreditinstitute sowie der Industrieunternehmen“ (zitiert aus einer Profilbeschreibung des Verbandes aus dem Jahre 1987).

Anfang der 1990er Jahre fanden im Saarland jährlich sechs Veranstaltungen zum öffentlichen und privaten Baurecht mit durchschnittlich 63 Teilnehmern statt. Das Themenspektrum, die Anzahl der Seminare und die Teilnehmerzahlen haben sich in den letzten 30 Jahren ordentlich weiterentwickelt. Längst gehören Themen des Verwaltungshandelns und der Verwaltungsorganisation, des Polizei- und Ordnungsrechts sowie des Vergaberechts zum Portfolio der vhw-Fortbildung. Die Veranstaltungen des vhw erfüllen „für alle am Bau Beteiligten eine wichtige Funktion im Rahmen der Fortbildung und zeichnen sich in Fachkreisen durch ihr öffentlich anerkannt hohes Niveau aus“ (so die Profilbeschreibung aus dem Jahre 1987). Die hohe Exklusivität der Referierenden in der Zeit der „Lehrgangstätigkeit“ zahlt sich noch heute aus. In Lehre und Forschung ausgewiesene Dozentinnen und Dozenten aus Anwaltschaft und Justiz, öffentlicher Verwaltung und Hochschulen garantieren aktuelle und hochwertige Inhalte in unseren Tagesseminaren und Tagungen. Damals wie heute bietet der vhw fachliche Fortbildung für die Beschäftigten in der Kommunal- und Landesverwaltung sowie für Architekten, Bauingenieure und Rechtsanwälte.

75 Jahre vhw – eine Zeit, in der sich der vhw zu einem modernen Bildungsdienstleister entwickelt hat. Ich wünsche dem vhw zum 75. Geburtstag, dass er in Bewegung bleibt, um auch in Zukunft ein wichtiger Partner in der beruflichen Fortbildung des öffentlichen Dienstes zu sein. Der vhw hat die Kreativität und das Potenzial dafür.

Der vhw regional im Osten

Aufbau in den neuen Bundesländern mit viel Vertrauen und gutem Erfolg



Eleonore Papenhagen
Geschäftsführerin der Geschäftsstellen Berlin/Brandenburg und Sachsen-Anhalt 1992 bis 2017

Der vhw hat sehr früh Verbindungen in die neuen Bundesländer geknüpft und bereits im Juni und November 1990 Geschäftsstellen in Leipzig und Berlin eröffnet. Nach dem 3. Oktober 1990 und der damit verbundenen Übernahme des Rechtssystems der Bundesrepublik war ein großer Fortbildungsbedarf bei kommunalen Verwaltungen und Wohnungsunternehmen entstanden. Der vhw reagierte darauf sehr schnell, indem er drei Landesverbände mit dem Ziel gründete, die berufliche Fortbildung rund um das „Bauen und Wohnen“ vorzubereiten und durchzuführen: Berlin/Brandenburg am 1. Juni 1991, Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen am 1. Juli 1991 und Mecklenburg-Vorpommern am 19. November 1991.

Die Leitung dieser Landesverbände wurde hauptamtlich Beschäftigten aus den neuen Bundesländern übertragen. Das war aus meiner Sicht durchaus eine mutige Entscheidung, da nicht einzuschätzen war, ob das westliche Modell der beruflichen Fortbildung erfolgreich in den neuen Bundesländern umgesetzt werden konnte. Meine Tätigkeit beim vhw begann am 1. Mai 1992, zunächst als Geschäftsführerin Berlin/Brandenburg und ab 1. Januar 2001 als Geschäftsführerin Sachsen-Anhalt. Für mich und die anderen „Ost“-Kolleginnen war diese Tätigkeit in den ersten Jahren eine große Herausforderung, da wir zwar über eine langjährige Berufserfahrung auf unterschiedlichsten Gebieten und ausreichend „Ostkompetenz“ verfügten, aber keine Kenntnisse des Öffentlichen Baurechts, des Verwaltungsrechts, des Wohngeld- und Sozialrechts usw. hatten, da es diese Rechtsgebiete in der DDR nicht gab.

Mit Unterstützung unserer erfahreneren Kollegen und vielen unglaublich engagierten Referentinnen und Referenten aus den alten Bundesländern ist es uns aber sehr schnell gelungen, äußerst erfolgreiche Seminare zum Baurecht, Abgabenrecht und Wohngeld-

recht durchzuführen und den vhw als Marke in den neuen Bundesländern zu etablieren. Allerdings galt es dabei des Öfteren auch, das Missverständnis auszuräumen, dass das „Volksheimstättenwerk“ über Wohnungen verfügt...

Noch heute erinnere ich mich gerne an die Seminare mit Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus zum Erschließungs- und Straßenbaubetriebsrecht, die über Jahre nicht nur viele Teilnehmer anzogen, sondern auch reichlich kontroverse Diskussionen erzeugten. Oder die über ein Jahr dauernde Seminarreihe zum Bauplanungs- und Bauordnungsrecht mit Prof. Dr. Dr. phil. Jörg Berkemann, die solch einen Zuspruch erfahren hatte, dass wir die Reihe mehrmals wiederholen konnten. Für mich waren diese Veranstaltungen auch sehr wichtig, das vermittelte Wissen habe ich regelrecht aufgesogen.

Mit dem Inkrafttreten der Hartz 4-Gesetze am 1. Januar 2005 ergab sich die Möglichkeit, ein völlig neues Rechtsgebiet mit neuen Zielgruppen (Jobcenter, optierende Kommunen, Arbeitsagenturen) für den vhw zu erschließen. Von Beginn an habe ich mich diesem Thema gewidmet und es – neben der Tätigkeit als Geschäftsführerin Sachsen-Anhalt – zu einem Arbeitsschwerpunkt gemacht. Es erfüllt mich mit Zufriedenheit und etwas Stolz, dass das Rechtsgebiet sehr schnell zu einer tragenden Säule im Bereich der Fortbildung geworden ist und den vhw in weiteren Bereichen der Gesellschaft bekannt gemacht hat.

Auch nach meinem – altersbedingten – Ausscheiden im Jahre 2017 verfolge ich mit Interesse die Entwicklung des vhw und bin überzeugt, dass der Verband auch die zukünftigen Herausforderungen mit Erfolg meistert.

Kompetenz wirkt

Aus der Sicht einer Dozentin im Vergaberecht



Prof. Dr. Angela Dageförde
Fachanwältin für Vergaberecht,
Verwaltungsrecht und Bau- und
Architektenrecht, Dozentin in der
vhw-Fortbildung seit 2006

Dozentin des vhw wurde ich schon relativ früh in meiner bislang 20-jährigen Berufstätigkeit als Rechtsanwältin. In einer Vielzahl von Seminaren traf ich im Laufe der Jahre immer wieder auf eine außerordentlich interessierte Teilnehmerschaft aus der Beschaffungspraxis. Jedes Seminar gestaltete sich sodann gleichermaßen lebendig wie interessant, was auch auf die zahlreichen Rückfragen und mitgebrachten Fälle der Seminarteilnehmer zurückzuführen war. Mich hat nicht nur die professionelle Seminarorganisation, sondern auch der persönliche Kontakt zu den Mitarbeitern des vhw motiviert, meine Kenntnisse und Erfahrungen im Vergaberecht mit den vhw-Seminarteilnehmern zu teilen. Als besonders angenehm empfinde ich es als Referentin, dass stets während des gesamten Seminars ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin des vhw vor Ort ist, um für sämtliche organisatorische Fragen der Dozierenden oder der Teilnehmenden zur Verfügung zu stehen. Als ebenso professionell habe ich die Umstellung auf das Onlineformat infolge der COVID-19-Pandemie wahrgenommen. Ob nun im Präsenzseminar oder im Webinar: Mit den vhw-Seminaren konnte und kann ich einen Beitrag dazu leisten, das Rechtsgebiet Vergaberecht, das von den Rechtsanwendern häufig als übertrieben formal, unübersichtlich und sperrig empfunden wird, zu strukturieren und handhabbar zu machen. Es war und ist mir immer ein Anliegen, den Anwendern ein Stück weit mehr Rechtssicherheit zu vermitteln. Gerne stehe ich auch zukünftig dem vhw als Dozentin zur Verfügung.

Zum 75-jährigen Jubiläum gratuliere ich dem vhw von Herzen und wünsche alles Gute für die Zukunft, weiterhin ein gutes Händchen und fachliche Kompetenz bei der Auswahl praxisnaher und aktueller Veranstaltungsthemen und -formate!

Aus der Sicht einer langjährigen Teilnehmerin



Gabriele Pohl

Amtsleiterin Rechtsamt, Zentrale Vergabestelle, Schönebeck (Elbe), langjährige Teilnehmerin in der vhw-Fortbildung

Zum 75-jährigen Jubiläum gratuliere ich dem vhw recht herzlich – auch im Namen aller Beschäftigten der Stadt Schönebeck (Elbe), die über viele Jahre an den vhw-Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen konnten und weiterhin teilnehmen werden. Eine vhw-Fortbildung war für uns von Beginn unserer Verwaltungstätigkeit an nicht nur anspruchsvolle Schulung und kollegialer Erfahrungsaustausch, sondern zugleich wichtige Ausbildung in zahlreichen Spezialgebieten des öffentlichen Rechts. Die Vielfalt kommunaler Belange findet sich in den Themen der vhw-Fortbildung wieder. Dabei sind ausführliche Seminarunterlagen verlässlicher Bestandteil einer jeden Veranstaltung und für uns wertvolle Handlungsempfehlungen in der täglichen Praxis. Dank hervorragender Referentinnen und Referenten, aktueller Inhalte und akribischer Organisation, gelingt es der vhw-Fortbildung, jede Veranstaltung erfolgreich und überzeugend zu präsentieren. So möchten wir uns an dieser Stelle ganz besonders bei all jenen bedanken, die zu diesen Fortbildungsveranstaltungen mit ihrer Fachkompetenz, ihrem Engagement und ihrem Fleiß beigetragen haben und künftig beitragen werden. Wir freuen uns auf neue, interessante Seminare.

Für die Zukunft wünschen wir der vhw-Fortbildung alles erdenklich Gute, den Verantwortlichen Gesundheit und Freude an der Arbeit.

Aus der Sicht eines langjährigen Teilnehmers



Michael Flohr

Fachbereich 3 – Planen Bauen
Umwelt Wirtschaftsförderung
Abteilung 3.1 - Bauverwaltung
Stadtentwicklung, Halle
(Westfalen), langjähriger
Teilnehmer der vhw-Fortbildung

Seit mehr als drei Jahrzehnten begleitet das Volksheimstättenwerk meinen beruflichen Weg, ob im Bereich des Baurechts, des Erschließungsbeitragsrechts oder der Schulung kommunikativer Fähigkeiten. Ich habe diverse Präsenzveranstaltungen besucht, ich glaube Dutzende, ob als Tagesveranstaltung, als Fernlehrgang, in Nordrhein-Westfalen oder in anderen Bundesländern: Der vhw gehörte und gehört zu meinem bevorzugten Bildungsträger.

Im Bereich des Planungsrechts haben mich die Seminare von Prof. Dr. Dr. phil. Jörg Berkemann sehr inspiriert, bis heute im Erschließungsbeitragsrecht die Seminare von Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus. Die über Jahre gleichbleibend hohe Qualität der Dozentinnen und Dozenten, die perfekte Organisation und die hochwertigen Skripte haben mich immer wieder in dieser Wahl bestätigt. Mittlerweile habe ich eine vhw-Bibliothek zu den wichtigsten Inhalten meiner berufsrelevanten Themengebiete. Auch die Unterlagen aus den zwei Fernlehrgängen, an denen ich teilgenommen habe, dienen mir als Nachschlagewerk.

Besonders als Berufsanfänger haben mir die inhaltlich abgestimmten Vortragsreihen viele Vorteile gebracht und mir schnell viele Kompetenzen vermittelt – ein Grund, warum ich mittlerweile selbst als Dozent Einsteigerinnen und Einsteigern das Planungsrecht näherbringe.

Der vhw begeht in diesem Jahr seinen 75sten Geburtstag, dazu meinen herzlichen Glückwunsch. In dieser Zeit hat der vhw immer seine Qualitäten bewiesen und in den jetzigen Zeiten der Pandemie jugendliche Frische und Flexibilität gezeigt, indem das Seminarprogramm durch Online-Veranstaltungen ergänzt wurde.

Kompetenz im Städtebaurecht

15 Jahre Bundesrichtertagung

75 Jahre vhw erlauben einen Blick zurück auf 15 Jahre vhw-Bundesrichtertagung zum Städtebaurecht. Was hat uns zu diesem besonderen Format bewogen? Seit seiner Gründung hatte der vhw sich als Fortbildungspartner – insbesondere der Kommunen – durch praxisnahe und hochwertige Weiterbildungsangebote in seinem Handlungsfeld Städtebau engagiert. Anwendungsorientierte Hilfestellungen für eine rechtssichere Umsetzung des jeweils geltenden Rechts zu bieten – darum ging es der vhw-Fortbildung von Beginn an. Im Bereich des – in kurzer Folge Novellierungen unterliegenden und europarechtlich geprägten – Bau- und Planungsrechts kommt der Auslegung von Vorschriften ausschlaggebende Bedeutung zu. Diese Gewissheit gab die Idee, im Jahr 2005 die Bundesrichtertagung ins Leben zu rufen, für die die maßgeblichen „Norminterpreten“, nämlich amtierende Richter und Richterinnen des Städtebausenats am Bundesverwaltungsgericht, dankenswerter Weise schnell gewonnen werden konnten. Wer, wenn nicht sie, sollte verlässlich Auskunft zur richtigen Auslegung und Anwendung des immer komplexeren Städtebaurechts geben können? Jeweils zum Jahresende gewähren sie auf brillante Weise Insider-Einblicke in die aktuellste höchstrichterliche Rechtsprechung. Die Teilnehmenden erhalten die Gelegenheit zu einem einzigartigen fachlichen und kollegialen Austausch und jede Menge Antworten auf brennende Fragen. Es gibt und wird erwartet: topaktuelle, teilweise noch nicht veröffentlichte Entscheidungen aus erster Hand, praxisrelevante Entscheidungen lebhaft vorgetragen, eingeordnet und diskutiert von amtierenden Richtern aus dem Städtebausenat am Bundesverwaltungsgericht und ein konstruktives Gesprächsforum. Deutlich sichtbar tragen die Leipziger Richter gerne bei der vhw-Bundesrichtertagung vor. Sie erleben dabei – sozusagen als Äquivalent – den kommunalen Alltag aus erster Hand.



Dr. Diana Coulmas
vhw-Fortbildungsreferentin
seit 2001 im vhw,
Tagungsleiterin



■ 2016 vor Ort: Bundesrichtertagung
in Bonn

Relevante Themen + originelle Titel = gute Fortbildung

Elektromobilität –
geladen wird zu Hause!

Überzeugen statt überreden:
Basis-Wissen für gehirngerechte
Fragen und zielführende Gespräche

Im Auge des Shit-Storms:
Umgang mit Schein-Argumenten

Der Köder muss dem Fisch
schmecken: Fachbeiträge
und Strategien gekonnt
präsentieren

Zweitwohnungssteuer,
Campingsteuer,
Übernachtungssteuer:
kleine Beträge, großer
Ärger?

Überwachung des ruhen-
den Straßenverkehrs –
Alles zum Knöllchen

Abwesende, unbekannte und
unauffindbare Grundstücks-
eigentümer

Eating is the new shopping! –
Wie Gastronomie zur Belebung
der Innenstadt beitragen kann

Zwischen Tschakka und zack, zack!
Praxistaugliche Techniken für die
Selbst- und Fremdmotivation am
Arbeitsplatz

Viel arbeiten und
trotzdem gut leben
– dem Burnout
keine Chance!

50plus –
was nun?!

Krach im
Bauplanungsrecht

Das ist ja alles so eckig!? –
Über Gestaltung streiten.

Glück auf oder
Lack ab? – Umgang
mit Schäden durch
Bergbau

Ruhe in Frieden –
Rechtsprobleme der
Friedhofsverwaltung

Brücken bauen zwischen Theorie und Praxis (vice versa)

vhw-Forschung orientiert an den Idealen des Verbandes

Der vhw-Forschungsbereich ist ein Kind der spätmodernen Wissensgesellschaft: Er wurde seit Beginn der 2000er Jahre Schritt für Schritt ausgebaut, ist seither stets gewachsen und erfreut sich großer Resonanz in Wissenschaft und Praxis. Diese Entwicklung ist wenig überraschend, denn Grundlagen- und Orientierungswissen wurden in den letzten Jahren immer mehr zu einem wertvollen Rohstoff – nicht zuletzt für Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Thinktank des vhw trägt dazu bei, Wissen gezielt zu generieren und es dank der Gemeinnützigkeit des Verbandes breit verfügbar zu machen.

Mit neuer Satzung und einem neuen Leitbild der „Stärkung der Lokalen Demokratie durch eine bürgerorientierte, integrierte Stadtentwicklung“ wurde seit 2009 der Grundstein für die Entwicklung zur heutigen vhw-Forschung gelegt. Den Ausgangspunkt bildete die fundierte Erarbeitung eines auf bürgerschaftlicher Beratschlagung basierenden (deliberativen) Beteiligungsverfahrens, das durch mehrere Gutachten hochrangiger Politikwissenschaftler ausgearbeitet, fundiert und einer hochwertigen Qualitätsprüfung zugänglich gemacht wurde. Zeitgleich fanden sich mit dem „Städtenetzwerk zur Stärkung der lokalen Demokratie“ interessierte Städte zusammen, die sich zum Ziel gesetzt haben, zusammen mit dem vhw die innovativen Bausteine und Verfahren der Bürgerbeteiligung zur integrierten Stadtentwicklung und deren Evaluierung zu realisieren. Diese wurden in den Folgejahren in zahlreichen Städten erfolgreich durchgeführt, darunter Hamburg, Berlin, Bremen, Kiel, Mannheim und viele andere. In diesem Rahmen spielt bis heute auch die Milieuforschung des vhw eine herausragende Rolle. Bis zur Mitte des Jahrzehnts war die theoretische Fundierung der vhw-Forschung in der Regel einem engeren Kreis wissenschaftlicher Exper-



■ Ein Milieu aus dem Kommunikations- handbuch des vhw 2013



- Städte mit Vertrag
- Städte im Gespräch

Stand: 24. Februar 2011

- 2010 startete das Projekt Städtenetzwerk im vhw



- Debatten schärfen die Perspektive, hier zur Gemeinwohlorientierung in der Bodenpolitik 2019

ten anvertraut, während die konkrete Umsetzung der Erkenntnisse in städtische Entwicklungs- und Beteiligungsprojekte von einem kleinen Forscherkreis im vhw wissenschaftlich begleitet wurde.

Mit neuem Vorstand und neuer Bereichsleitung wurde dann ab 2015 die nächste Entwicklungsstufe auf dem Weg zur heutigen vhw-Forschung eingeleitet. Während sich die vhw-Forschung zunächst, basierend auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Rolle der Akteurinnen und Akteure in der lokalen Demokratie, vertiefend mit dem Thema Intermediäre befasste und mit dem Debattenbuch „Mittler, Macher, Protestierer“ ein erstes Ausrufezeichen setzte, wurde das inhaltliche Spektrum neu strukturiert und ausgeweitet. Die Forschungsaktivitäten bilden sich seitdem in den vier Clustern „Lokale Demokratie“, „Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt“, „Wohnen in der Stadtentwicklung“ und „Digitalisierung“ ab.

Mit den Forschungsclustern werden zentrale Herausforderungen der heutigen gesellschaftlichen und urbanen Entwicklung adressiert und in das vhw-Koordinatensystem integriert. Darin finden inhaltliche „Dauerbrenner“, wie Wohnungs- und Bodenpolitik, Peripherisierung, soziale Quartiersentwicklung, Digitalisierung, Kommunikation, Koproduktion bzw. „Stadtmachen“ und inklusive Beteiligung eine große Rolle. Darüber hinaus sind die Cluster flexibel und themenoffen, sodass auch die Arbeit an topaktuellen Fragen der Migration und Integration, des Rechtspopulismus oder der Pandemie im Kontext der Stadtentwicklung darin ohne Weiteres ihren gewichtigen Platz findet. Die Forschungscluster, die im vhw immer als theoretisches Konstrukt mit vielfältigen Querverbindungen und Überschneidungen gedacht werden, sind darüber hinaus höchst anschlussfähig an stadtentwicklungspolitische Meilensteine, wie etwa das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ (inzwischen Programm „Sozialer Zusammenhalt“), die alte und neue Leipzig-Charta (2007/2020), die Themen wie Quartiersentwicklung, Gemeinwohlorientierung, Transformation und Nachhaltigkeit vereinen, das WBGU-Hauptgutachten „Die transformative Kraft der Städte“ (2016), das Förderprogramm „Smart Cities made in Germany“ (2019) oder das Memorandum „Urbane Resilienz“ (2021).

Begleitet wurde diese thematische Weiterentwicklung immer wieder durch wertvolle Impulse und Kontakte aus den hochrangig und

vielfältig besetzten vhw-Gremien des Kuratoriums und des Verbandsrats. Dazu kam ein verändertes Projektportfolio, das mit der Vergabe von Forschungsleistungen durch Ausschreibungen und zuletzt auch durch Eigenforschungsprojekte sowie die Einwerbung von Drittmitteln als Partner von Forschungskonsortien ergänzt wurde. Auch dadurch hat die Vernetzung der vhw-Forschung in Wissenschaft und Praxis deutlich zugenommen.

Tue Gutes und rede darüber – ein Prinzip, das auch die vhw-Forschung mehr und mehr übernommen hat: Wissenschaftskommunikation 2.0 ist hier das Stichwort. Die vhw-Forschung hat sich mit der Präsenz in sozialen Medien via Twitter auf neues Terrain begeben – und dies mit viel Erfolg und vielen Followern. Darüber hinaus wurden die Forschungswebseiten informativer, ein Newsletter in zeitgemäßer Gestalt konzipiert, externe Publikationstätigkeiten verstärkt, die hausinterne Schriftenreihe ausgebaut und ein Working Paper mit dem Titel vhw werkSTADT ins Leben gerufen – jeweils auch visuell in einem neuen Gewand. Auch die Verbandszeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“, der es gelingt, in einem einzigartigen Mix anspruchsvolle Forschung und Praxis unter einem Cover zusammenzubringen, wurde stetig weiterentwickelt. Hinzu kommen immer mehr und vielfältigere Vortragstätigkeiten, Podcasts und Filme, Workshop- und Diskussionsreihen (z. B. „vhw & friends“), die Mitwirkung in Expertengremien, Preisverleihungen („Preis Soziale Stadt“) und auch Veranstaltungen mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs („vhw | Junges Forum“) – der vhw ist dadurch präsenter und sichtbarer geworden.

Aber nicht nur die vhw-Forschung, sondern auch die Forschungslandschaft insgesamt hat sich in den letzten 25 Jahren verändert: Sie ist vielfältiger geworden, und die alte Dualität von akademischer, universitärer Forschung und „allem Anderen“ wird zunehmend zugunsten eines pluralistischen inter- und transdisziplinären Schwarms unterschiedlichster Forschungseinrichtungen, wie Stiftungen, Verbänden, NGO's oder Unternehmen aufgelöst. In diesem neuen Spektrum ist die vhw-Forschung als unabhängige, transformative Wissenschaftsakteurin bestens verortet, vernetzt und aufgestellt. Transformativ heißt: Der vhw ist ein Brückenbauer zwischen Theorie und Praxis, der sich nicht mit „l'art pour l'art“ zufrieden gibt, sondern mit einer gesellschaftlichen Verantwortung und ei-



■ Erstes Camp zur Stadtmacher Akademie 2019



■ vhw werkSTADT Nr. 50 Elfenbeinturm oder Hashtag? Ein Gespräch zur Wissenschaftskommunikation mit Dr. Olaf Schnur



■ Die vhw-Forschung auf Twitter seit 2020

nem Gestaltungswillen für eine Weiterentwicklung des sozialen und demokratischen Miteinanders in unseren Städten arbeitet.

Im Zuge ihrer Entwicklung ist die vhw-Forschung immer mehr zu einer gefragten Kooperationspartnerin geworden: bei politischen Entscheiderinnen und Entscheidern und der öffentlichen Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen, bei intermediären und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sowie in der Wohnungswirtschaft. Die vhw-Expertise ist oftmals Gold wert! Aber auch der Wissenschaft hat die vhw-Forschung mit ihrer Doppelperspektive aus angewandter Forschung und reflexiver Praxis neue Blickwinkel zu bieten.

Wie bisher wird sich die vhw-Forschung auch in Zukunft kontinuierlich mit dem gesellschaftlichen Wandel verändern, sich immer wieder neuen, aktuellen Themen zuwenden und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Diese Selbstverpflichtung ist eingeschrieben in die DNA des vhw – und das seit 75 Jahren.



■ vhw-Forschung in die Forschungslandschaft eingebunden

Timeline vhw-Forschung | Organisation

2000

Erste Ausgabe von
„Forum Wohneigentum“

2009

neue vhw-Satzung
und Leitbild

2011

Roadmap
Forschung

Timeline vhw-Forschung | Inhalte

seit 2010:
vhw-Städtenetzwerk

Fokus Bürgergesellschaft, Bürgerorientierung,
Lokale Demokratie

Konsumenten-
souveränität

2008 1. Studie
Migrantenmilieus

Wohneigentumsbildung, Schwellenhaushalte,
Wohnungsmarkt-Expertisen

Milieuforschung: Nachfrageorientierte Wohnungspolitik

Timeline Stadtentwicklung | Meilensteine

Aufbau Ost,
New Public
Management

Länderprogramme
zur sozialen
Stadtentwicklung

„Dritter Weg“
Agenda 2010

Privatisierung-
kommunaler
Wohnungen

Modellvorhaben
der Sozialen Stadt

internationale
Finanzkrise

1990

Sofort- und
Modellstadt-
programme für
Ostdeutschland

1991

Programme
Städtebaulicher
Denkmalschutz
sowie Sanierung

1999

Programm
Soziale Stadt

2002

Programm
Stadtumbau Ost

2007

Leipzig-Charta

2008/2009

Programme
Aktive Zentren,
Denkmalschutz
West

2010

Programm
Kleinere Städte
und Gemeinden



1990



1995



2000



2005



2010

2016
neue Projekt- und Clusterstruktur, neue Projektformate

2016
Erste Ausgabe der vhw werkSTADT

2020
@vhw-forschung bei Twitter

vhw-Forschung als transformativer Wissenschaftsakteur

Beteiligungsformate, Deliberative Systeme, Leitlinien, Kommunikation

Intermediäre, Stadtmacher, Urban Governance

Quartier und Nachbarschaft, Denkwerkstatt Quartier, Klein- und Mittelstädte

Soziale Stadtentwicklung, Bildungslandschaften, Transformation und Resilienz

Fluchtmigration, 2. Studie Migrantenmilieus, postmigrantische Gesellschaft

Digitalisierung, Social Media, Smart City

Wohnungspolitisches Plädoyer, Bodenpolitische Agenda, Bündnis Bodenwende

Weltklima-abkommen

verstärkte Fluchtmigration

Rechtspopulismus und soziale Spaltung, Fridays for Future

Coronapandemie

2016
Ressort-übergreifende Strategie Soziale Stadt

2016
WBGU-Hauptgutachten zur Stadtentwicklung

2017
Investitions-pakt Soziale Integration im Quartier

2019
Förder-programm Smart Cities

2020
Neue Leipzig-Charta

2021
Memorandum Urbane Resilienz


2015


2020

Die vier Cluster der vhw-Forschung

Lokale Demokratie

Demokratische Deliberation,
partizipative kommunale Praxis,
Kommunikation und Stadtentwicklung,
Akteurs- und Governanceforschung,
Intermediäre

Urbaner Wandel & gesellschaftlicher Zusammenhalt

Quartier und Nachbarschaft,
soziale und nachhaltige Stadtentwicklung,
Migration und Integration,
soziale Milieus

Wohnen in der Stadtentwicklung

Wohnungspolitik und Instrumente,
Akteure, Markt und Handlungsweisen,
Objekt-, Quartiers- und Siedlungstypen

Digitalisierung

Stadt und Social Media,
Smart Cities

Die Forschung im Cluster „Lokale Demokratie“ befasst sich aufgrund der bürgerschaftlichen Verfasstheit kommunaler Selbstverwaltung in Theorie und Praxis mit den lokalpolitischen Strukturen, Prozessen und Akteuren, die in ihrem Zusammenspiel die kommunale Demokratie verkörpern. Dazu gehört die Kooperation von Politik, Verwaltung, Intermediären und Bürgerschaft bei der Entscheidungsvorbereitung ebenso, wie das Zusammenwirken von Verwaltung und Lokalpolitik in politischen Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die facettenreichen Schnittstellen dazwischen. Hier treffen ausdifferenzierte Strukturen, Handlungslogiken und unterschiedliche Akteure aufeinander und müssen erfolgreich koordiniert werden. Vertieft werden die Forschungsthemen in vier Subclustern: demokratische Deliberation, partizipative kommunale Praxis, Kommunikation und Stadtentwicklung sowie Akteurs- und Governanceforschung, Intermediäre.

Forschungscluster „Lokale Demokratie“

Forschungscluster „Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt“

Das vhw-Forschungscluster „Urbaner Wandel und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ geht aktuellen Entwicklungen in urbanen Räumen auf den Grund und schafft Orientierungswissen für eine sozial gerechte und nachhaltige Stadtentwicklung. Die Forschungsaktivitäten beziehen sich auf vier Schwerpunkthemen: (1) Quartier und Nachbarschaft, (2) soziale und nachhaltige Stadtentwicklung, (3) Flucht, Migration und Integration sowie (4) soziale Milieus.

Die Forschungsarbeiten spüren vielfältigen Prozessen und Dynamiken vor Ort nach, analysieren Akteurskonstellationen und erforschen Lebenswelten zwischen Individualität und Gemeinschaft, Globalität und Lokalität – immer unter der Prämisse, dass soziale Kohäsion (meist) nicht von selbst entsteht, sondern im Rahmen einer vorausschauenden Stadt- und Quartiersentwicklung stets aufs Neue austariert und gestaltet werden muss.

Forschungscluster „Digitalisierung“

Städte sind mit ihren hohen Einwohner- und Infrastrukturdichten, ihren innovativen Ökonomien und komplexen sozialen Welten schon immer Kristallisationspunkte soziotechnischer Entwicklungen. Aber nicht nur dort sind die Menschen mittlerweile durch digitale Anwendungen auf vielfältige Weise mit ihrer Umwelt verbunden. Die Funktionsweisen städtischer Gesellschaften und ihrer Infrastrukturen lassen sich daher nur aus dem Zusammenwirken von sozial-räumlichen und digitalen Strukturen verstehen.

Dieser Perspektive trägt der vhw mit dem Forschungscluster „Digitalisierung“ Rechnung. Mit dem Subcluster „Stadt und Social Media“ wird untersucht, wie sich digitale Plattformen auf urbane Governance, soziale Kohäsion und Exklusionen auswirken. Das Subcluster „Smart City“ befasst sich mit den räumlichen-funktionalen und sozialpolitischen Dimensionen einer digitalisierten, sozial gerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung.

Forschungscluster „Wohnen in der Stadtentwicklung“

Die von zunehmenden Mängeln bei der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum und steigenden Belastungen gekennzeichnete Lage an vielen lokalen und regionalen Wohnungsmärkten hat die Arbeit im vhw-Forschungscluster Wohnen in den letzten Jahren maßgeblich beeinflusst. Wichtige Impulse für den fachlichen und politischen Diskurs wurden mit dem „Plädoyer für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik“ (vhw/Difu 2016) und mit der „Bodenpolitischen Agenda 2020-2030“ (vhw/Difu 2017) vorgelegt.

In mehreren Forschungsprojekten in den Subclustern „Wohnungspolitik und Instrumente“, „Akteure, Markt und Handlungsweisen“ sowie „Objekt-, Quartiers- und Siedlungstypen“ wird ein breites Themenspektrum behandelt, das von der resilienten sozialen Wohnungsversorgung bis zur Zukunft älterer Einfamilienhausgebiete reicht. Übergeordnete Ziele sind dabei eine stärkere Gemeinwohlorientierung sowie eine krisenfestere, bedarfsnahe und regional differenzierte Wohnungspolitik als zentrales Element der integrierten Stadtentwicklung.



- Unter Corona ging es 2020 digital weiter – Veranstaltung „Quartiere neu denken“ mit 140 Interessierten

Steter Wandel

Vier Blicke zurück



■ Ruby Nähring, Dr. Frank Jost, Dr. Thomas Kuder, Dr. Olaf Schnur im Gespräch mit Laura Marie Garbe

Herr Dr. Schnur, als Bereichsleiter Forschung im vhw zeichnen Sie verantwortlich für die aktuelle wissenschaftliche Ausrichtung des Verbandes. Welche Schwerpunkte haben Sie aktuell gesetzt?

Wir haben die vhw-Forschung in den letzten Jahren systematisch diversifiziert und noch stärker an der Vielfalt stadtentwicklungspolitischer Diskurse orientiert. Dazu haben wir uns eine Cluster-Struktur gegeben, die anhand der Themenfelder der lokalen Demokratie, des urbanen Wandels und der sozialen Kohäsion, des Wohnens und der Digitalisierung ganz zentrale Fragen in den Blick nimmt – anknüpfend an die bisherige Erfolgsgeschichte der vhw-Forschung und gleichzeitig mit einem Blick nach vorne. Und natürlich setzen wir immer wieder Schwerpunkte, denn die komplette Bandbreite ist auch für unser engagiertes vhw-Team nicht zu bewältigen. Klar ist aber: Weil Stadt- und Quartiersentwicklung enorm komplex ist, sind wir gut beraten, auch im vhw das Einflusspektrum zu kennen und zu analysieren. Gute und innovative Forschung ist dafür der Königsweg!

Welche neuen Themenschwerpunkte sehen Sie für die Zukunft?

Wenn man sich die gerade verabschiedete Neue Leipzig-Charta 2020 anschaut, dann sind wir mit unserer Ausrichtung auf partizipative, nachhaltige und am Gemeinwohl orientierte Stadt- und Quartiersentwicklung bereits gut aufgestellt. Dass wir uns aber auch inhaltlich immer weiter entwickeln wollen, versteht sich von selbst. Sicherlich werden auch Themen wie Transformation oder Resilienz künftig eine noch größere Rolle spielen als bisher. Unser Anliegen, als Brückenbauer zwischen Theorie und Praxis zu arbeiten und transformativ zu wirken, möchten wir auf jeden Fall weiter schärfen.

„Brückenbauer“ ist ein gutes Stichwort:

Herr Dr. Kuder, Sie haben in den vergangenen 12 Jahren im vhw das Themenfeld Lokale Demokratie und die Städtearbeit maßgeblich mit aufgebaut. Welcher „rote Faden“ zieht sich durch diese Forschungsaktivitäten?

Zu Beginn unserer Arbeit im kleinen, engagierten Team standen die Qualitäten der beratenden Bürgerbeteiligung im Zentrum. Mithilfe der Milieuforschung fanden wir recht früh empirische Belege, dass Beteiligung soziale Ungleichheit rekonstruiert. Zugleich konnten wir demokratisch legitimierbare Instrumente entwickeln und in den Städten anwenden, mit denen man der Ungleichheit wirksam begegnen kann. In den Folgejahren haben wir das Thema ausgeweitet zur Lokalen Demokratie und die Akteursforschung, z. B. zu den Intermediären und Kommunalpolitikern, intensiviert. Diese Forschungsstränge ziehen sich in unterschiedlichsten Aspekten bis heute wie ein „roter Faden“ durch die vhw-Forschung. Hinzugekommen sind zuletzt die neuen demokratischen Herausforderungen, z. B. die zunehmende soziale Spaltung, populistische Strömungen, räumliche Peripherisierung oder gesellschaftliche Vielfalt.

Was waren aus Ihrer Sicht die Highlights?

Ein Highlight waren neben der erfüllenden Arbeit in und mit den Städten sicherlich die acht vhw-Kongresse, auf denen wir mit hochrangigen Politikern und ausgewählten Experten aktuelle Themen wie integrierte Stadtentwicklung, gesellschaftlicher Zusammenhalt oder zuletzt Lokale Demokratie präsentiert haben. Zudem haben wir dort die Gutachten unserer Experten und unsere eigenen Arbeiten der Fachwelt zur Diskussion gestellt.

Bei diesen Kongressen geht es um Austausch, Diskussion und dem „Sichzeigen“ in der Öffentlichkeit. Alles Aspekte, die auch in der Verbandskommunikation zen-



tral sind. Frau Nähring, die Öffentlichkeitsarbeit gewinnt heute immer mehr an Bedeutung, auch im vhw. Wie hat sich Ihre Arbeit in den letzten zwölf Jahren verändert?

Als ich 2008 beim vhw startete, geschah die Öffentlichkeitsarbeit des Verbands hauptsächlich über die zwei Kanäle – Verbandszeitschrift und Verbandstage. Unser Presseverteiler hatte 20 Medienkontakte und der Neubau (noch nicht Relaunch genannt) des geplanten Internetauftritts – zeitgemäß noch sehr statisch programmiert – war eine überschaubare Aufgabe. Journalisten fanden für Pressekonferenzen noch etwas Zeit und die Informationskanäle konnten mit wenig Personal betreut werden. Diese Landschaft hat sich heute ganz immens in eine mit mannigfaltiger Format- und Kanalvielfalt gewandelt. Was früher Inhalt hieß und von einer Person geschrieben wurde, ist heute Content-Strategie, an der viele mitarbeiten. Zur Sichtbarkeit des Verbands agiert ein Team, bestehend aus Gremien, Wissenschaftskommunikation, Internetredaktion, Pressearbeit und Marketing. Aus dem Mosaik der verschiedenen Botschaften erst speist sich das Gesamtbild des agilen, modernen Bundesverbands, der wir sind.

Welche Rolle spielt die Öffentlichkeitsarbeit heute?

Passender Transfer ist dabei des Pudels Kern. Der vhw hat sich auf die hochfrequenten Entwicklungen in der Medienlandschaft mit einem guten Setting eingestellt. Sich zu zeigen und dabei auch gehört zu werden ist tägliche Arbeit im Digitalen wie im Analogen. Als Fortbilder, Thinktank in Fragen zukunftsfähiger Stadtentwicklung, Brückenbauer und nicht zuletzt als unabhängiger Idealverband wollen wir deutlich sichtbar bleiben. Dazu leistet unsere Öffentlichkeitsarbeit wichtige Beiträge.

Bei all dem Wandel, den Frau Nähring gerade beschrieben hat – die vhw Verbandszeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ gibt es nun bereits seit mehr als 20 Jahren. Herr Dr. Jost, Sie sind seit 14 Jahre Chefredakteur der FWS. Was waren für Sie in dieser Zeit die herausragenden Themen?

Unsere Zeitschrift erscheint bekanntlich sechsmal im Jahr, wobei jede Ausgabe einem Schwerpunktthema gewidmet ist. In den Handlungsfeldern von Stadtentwicklung und Wohnen drehten sich diese Themen schwerpunktmäßig um Partizipation und lokale Demokratie, um Migration und Integration, aber im wohnungswirtschaftlichen Bereich auch um Stadtumbau, Klimaschutz und Quartiersentwicklung. Herausragend waren aber auch die Themen Gentrifizierung sowie die Entwicklung von Klein- und Mittelstädten.

Von welchen Highlights können Sie berichten?

Interessant ist es immer, wenn eine Ausgabe ein aktuell brisantes Thema behandelt, wie etwa im Jahr 2016, als wir mit Ausgabe 4 und dem Schwerpunktthema „Fluchtort Kommune“ den Nerv unserer Leserschaft aus dem kommunalen Bereich getroffen haben. Zu diesem Thema segelte der vhw übrigens im Jahr 2014 – also weit vor der großen „Flüchtlingsdiskussion“ – vor der Zeit, als Ausgabe 2 den Schwerpunkt „Zuwanderung aus Südosteuropa – Herausforderung für eine kommunale Vielfaltspolitik“ hatte.



Über den Tellerrand geschaut

Europa und die Welt in den Blick nehmen



■ Shaping Diversity, Vielfalt gestalten – Internationaler Workshop 2018



■ Digital and Social City – Internationaler Workshop 2018

Mit der Neuen Leipzig-Charta 2020 haben sich die europäischen Mitgliedsstaaten der EU bereits zum zweiten Mal nach 2007 über die zentralen Aufgabenfelder der europäischen Stadtentwicklung verständigt und damit einen wichtigen Impuls für den stetig wachsenden innereuropäischen Austausch sowie gemeinsame Lern- und Entwicklungsprozesse gesetzt.

Gerade für die Wissenschaft und Forschung ist es dabei unverzichtbar, neugierig über den Tellerrand hinauszuschauen, gesellschaftliche Unterschiede zu erkennen und das vermeintlich Selbstverständliche auf seine Zukunftsfähigkeit zu hinterfragen. Dabei gilt es, aus nationaler Perspektive zu verstehen, dass die jeweiligen Errungenschaften und Konventionen der Mitgliedsstaaten keine all-gemeingültigen Selbstverständlichkeiten sind und möglicherweise in anderen EU-Staaten vollständig anders gehandhabt werden.

Vor diesem Hintergrund war und ist es auch für die vhw-Forschung selbstverständlich, die eigenen Perspektiven auszuweiten und neue Formen der europäischen Zusammenarbeit und Integration in den Fokus zu nehmen. So hat der Verband mit „Shaping Diversity“ und „Digital and Social City“ in den letzten Jahren zwei internationale Workshops mit Expertinnen und Experten aus ganz Europa durchgeführt und die Ergebnisse zweisprachig veröffentlicht.

Mit Unterstützung der vhw-Stiftung wurden zudem in den letzten Jahren engagierte Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler aus China, Chile und der Türkei zu mehrmonatigen Arbeits- und Forschungsaufenthalten nach Berlin eingeladen.

Auch wurden mehrfach mit allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beim vhw Arbeitsaufenthalte im europäischen Ausland durchgeführt, um den direkten Kontakt vor Ort zu suchen und den internationalen Austausch zu fördern. Denn der Kontakt und Austausch zwischen unterschiedlichen Wissenskulturen verspricht – nach gängiger wissenschaftlicher Auffassung – das Entstehen von neuem Wissen und gesellschaftlicher Entwicklung.

Bevorzugte Exkursionsziele waren Städte in gesellschaftlichen Transformationsprozessen, wie z. B. die tschechische Hauptstadt Prag oder Städte in eher neoliberalen Gesellschaften, wie z. B. das englische Liverpool. Die Exkursionen waren mit verschiedenen Themenschwerpunkten verknüpft, so z. B. mit der Smart City-Entwicklungen im österreichischen Graz, der kommunalen Wohnungsbaupolitik in Norwegens Hauptstadt Oslo oder Stadtmacherprojekten und Start-Up-Initiativen im polnischen Wroctaw.

Neben fruchtbaren Arbeitsgesprächen mit internationalen Kolleginnen und Kollegen, dem Besuch interessanter Stadtentwicklungsprojekte und vielen internen Diskussionen kamen aber auch die kulturellen Highlights in den Städten zu ihrem Recht, vom vielfältigen Weltkulturerbe bis zum „Wohnzimmer“ der legendären Beatles, dem Liverpooler Cavern Club.



■ Stadtexpertise in Oslo 2019



■ Führung von Stadtexperten durch Prag 2018



**Die beste Bildung findet
ein gescheiter Mensch
auf Reisen.**

Johann Wolfgang Goethe

Blicke von Begleitern

Gremien, Partner, Freunde



Prof. Dr. Heidi Sinning
Vorsitzende vhw-Kuratorium
seit 2018

Das Kuratorium als wissenschaftlicher Beirat

Als vhw-Kuratorium geben wir Impulse für die Forschung und für die Weiterbildungsarbeit des vhw und tragen mit intensiven Debatten dazu bei, Kernthemen zu identifizieren und Handlungsbedarfe aufzuzeigen. So erhält der vhw ein kompetentes Feedback zu seiner wertvollen Arbeit. Das rund 50-köpfige Gremium setzt sich aus ausgewiesenen Persönlichkeiten aus Stadtverwaltung, Wohnungswirtschaft, Wissenschaft, Planung und Beratung zusammen.

Zwei Beispiele veranschaulichen die Arbeit des Kuratoriums. Klimawandel und Klimaschutz: Eine Studie der Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“ war Gegenstand einer Kuratoriumssitzung, um das Engagement des vhw im Bereich Klimaschutz in der Wohnungswirtschaft zu reflektieren.

Post-Corona-Stadt: Wie wird das Leben in unseren Städten und Quartieren nach der Pandemie aussehen? Welche Schlüsse lassen sich aus den Erfahrungen und neuen Praktiken ziehen?

Das Kuratorium diskutiert insbesondere die Handlungsfelder Demokratie, Wohnen und Stadtentwicklung. Wir unterstützen die Arbeit des vhw gerne und mit großem Engagement. Zum Jubiläum wünschen wir dem vhw auch weiterhin viel Erfolg und Engagement für eine nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklung.



■ Sitzung des vhw-Kuratoriums



Prof. Klaus Wermker
Vorsitzender des vhw-Kuratoriums
bis 2012– 2018

„Suchet der Stadt Bestes“ ist ein passendes Leitmotiv für die Arbeit des vhw, zumindest für die Zeit, seitdem ich Kontakt mit ihm hatte. Er ist in seiner Arbeit aktuell, bewegt sich auf der Höhe der Zeit, sowohl was seine Forschung, als auch was seine Fortbildung angeht. Er leistet systematischen Wissenstransfer – besser als es andere Forschungseinrichtungen tun – durch seine Weiterbildungsangebote und durch sein Fachorgan „Forum Wohnen Stadtentwicklung“: Soweit ich sehe die beste Zeitschrift zu diesem Feld an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis, was u. a. die Ausgabe 1/2021 wieder belegt. Das Thema „Religion und Stadt“ ist besonders in den großen Städten im Westen Deutschlands von immenser Bedeutung und wird in der Regel ausschließlich einzelfallorientiert bearbeitet.

Einen Wunsch an das Geburtstagskind habe ich, auch wenn es unüblich ist, dass der Gratulant sich etwas wünscht: Wäre das Thema „Stadt und Frau“ nicht einer näheren Betrachtung wert? Noch eine emotionale Würdigung des vhw: Er bringt durch seine Arbeit und seine Veranstaltungen Menschen zusammen – zum Gespräch, zur gemeinsamen Arbeit –, die von gemeinsamen Überzeugungen geleitet werden, die gleichgesinnt sind, ohne deswegen gleich einer Meinung zu sein. Sie haben mir immer wieder das Gefühl vermittelt, in dieser zweifellos verrückten Welt der Städte nicht allein zu sein, Rückhalt zu haben – was an den Arbeitsorten nicht unbedingt der Fall war.

Also weitermachen unter steter Veränderung. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Dem vhw zum 75. Geburtstag



- Ausgabe 1/2021 von Forum Wohnen und Stadtentwicklung mit dem Schwerpunkt „Religion und Stadt“



Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert
Mitglied des vhw-Verbandsrats
Emeritus des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung (WZB)

Der vhw – eine intellektuell anspruchsvolle Institution

Wie man aus der Organisationssoziologie weiß, neigen Organisationen dazu, die auf sie zukommenden Probleme und Herausforderungen vor allem aus ihrem oft sehr eng definierten Organisationszweck zu betrachten. Das Organisationsverhalten von Ministerien und Lobby-Verbänden spricht insoweit Bände. Es gibt aber auch Organisationen und Institutionen, die aufgrund der intellektuellen Neugier ihres Leitungspersonals und dessen Gespür für spannende neue Themen die Fähigkeit haben, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Eine solche Institution ist nach meiner Wahrnehmung der vhw. Wie es dem renommierten Politikwissenschaftler Herfried Münkler immer wieder gelingt, zu gerade erst sichtbaren Themen mit großem Entwicklungspotenzial die richtigen und wichtigen Bücher zu schreiben, ist es dem vhw gelungen, sich als eine Art Think-tank zu wichtigen gesellschaftlichen Themen zu positionieren und den dafür erforderlichen Austausch mit der Wissenschaft zu pflegen. In meiner langen Zusammenarbeit mit dem vhw hat mich stets beeindruckt, mit welcher intellektuellen Aufgeschlossenheit der damalige Vorstand Peter Rohland – und dies gilt für Jürgen Aring glücklicherweise genauso – neuen Themen auf der Spur war und ihm geeignet erscheinende Wissenschaftler auf sie „ansetzte“. Dies galt etwa für das Thema „Governance“, das uns zusammenführte, aber auch für den Themenbereich „Public Value“, die Beschäftigung mit der deliberativen Demokratietheorie und – weit vorausschauend – mit dem gegenwärtigen Megathema „Resilienz“. Man brauchte schon eine gute Kondition, um bei diesem Tempo mitzuhalten und dabei dem erforderlichen wissenschaftlichen Standard

gerecht zu werden. Ich wünsche dem vhw auch weiterhin, selbstbewusst sein intellektuelles Potenzial voll auszuleben und auf diese Weise sich zugleich in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen.



Ute Krüger

Gruppenleiterin „Integration im Quartier“,
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und
Wohnen des Landes Berlin

Es fing alles damit an, dass wir dastanden mit unseren Erfahrungen und Beobachtungen zur Beteiligung im Quartier und ganz viele Fragen hatten. Gemeinsam mit dem vhw haben wir uns auf eine spannende Reise begeben, diesen Fragen durch kleine Projekte vor Ort, durch Befragungen und Beratungen auf den Grund zu gehen. Das Resultat war ein enormer Erkenntnisgewinn und die konzeptionelle Neuausrichtung unserer Quartiersbeteiligung.

Die Themen, die der vhw in seinen Veranstaltungen aufgreift, regen uns immer wieder an, Dinge neu zu denken und geben uns wichtige Impulse für die Arbeit in den Quartieren vor Ort.

Ohne den vhw wären wir heute nicht da, wo wir jetzt stehen. Wir freuen uns auf die Zukunft mit dem vhw und sind gespannt, zu welchen neuen Themen, Analysen und Fragestellungen uns der vhw als nächstes führt. Wir sind dabei. Von mir alles Gute für die nächsten 75 Jahre. Bitte machen Sie weiter so!

Am Anfang standen die Fragen



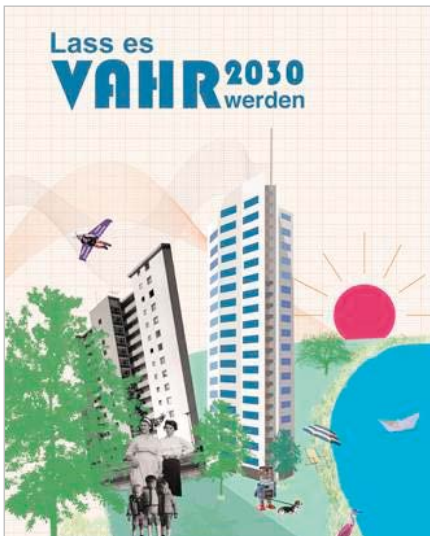
■ Mileuwissen aus dem vhw-Kommunikationshandbuch



Jörn Ehmke

GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen
und Bauen, Bremen
Abteilungsleiter Stadt- und
Quartiersentwicklung

Lass es Vahr werden! Ein Beteiligungsprojekt zur Leitbildentwicklung für eine Großsiedlung in Bremen



■ Publikation zum Workshop Rahmenplanung „Vahr 2030“

Im Rahmen eines Leitbildprozesses hat die GEWOBA im Jahr 2017 ein Nachdenken über die Zukunft ihrer größten Wohnsiedlung, der Neuen Vahr in Bremen, angestoßen. Der vhw war als Kooperationspartner nicht nur maßgeblich an der konzeptionellen Ausrichtung beteiligt, er hat zudem in der Durchführung zum Erfolg eines untypischen Verfahrens beigetragen.

Die Zusammenarbeit mit dem Team des vhw hat geholfen, die langen Linien im Blick zu behalten, dem Planungsprozess Tiefe und Qualität zu geben, für eine Mitwirkung der Betroffenen zu sorgen und einen informierten und fairen Diskurs im Planungsprozess zu gewährleisten.

Die gemeinsam mit dem vhw und weiteren Expertinnen, Experten sowie Planerinnen und Planern entwickelten Ergebnisse geben heute Orientierungen und Zukunftsperspektiven für das qualitätsvolle gemeinschaftliche Zusammenleben in der Neuen Vahr als einer Stadt des 21. Jahrhunderts. Zwischen dem vhw und der GEWOBA hat sich damit ein wertvolles, stabiles Fundament für kurzweilige Gespräche, fachlichen Austausch und zukünftige Projekte gebildet.



Prof. Dr. Elke Schlack

Researcher PUC Chile NUMAAP Researcher
Gastwissenschaftlerin im vhw 2018/2019

Die Nachrichten über Chile waren in der vergangenen Zeit durch die Demonstrationen des chilenischen Oktobers 2018 und die Wahl zum Verfassungskonvent im Mai 2021 dominiert. In der Tat sind es hier in Chile bewegte Zeiten. In Bezug auf Partizipation ist in Chile der Zeiger innerhalb eines Jahres von quasi Null auf Hundert gestiegen. Im Mai 2021 wurde zu einer gleichzeitigen Wahl der Bürgermeister der Bezirke (Santiago hat 37 Bezirke), Gemeinderäte der Bezirke und der Regierungschefs der Landesregierungen aufgerufen.

Ich denke gerade oft an den vhw: Nach meinem sehr bereichernden Forschungsaufenthalt 2018/2019 fällt mir umso mehr auf, wie wichtig es ist, die verschiedenen Ebenen der Partizipation wahrzunehmen und auf eine angemessene Weise zu gestalten. vhw-Projekte wie „Perspektivwechsel“ im Rahmen partizipativer Forschung, die „Stadtmacher Akademie“ oder auch die Idee der „Stadtteilmütter“ und deren Wirkungen, die beim vhw untersucht wurden: Diese und viele weitere Projekte beschäftigen sich mit Gestaltungsmöglichkeiten der Partizipation, die wir auch hier in Chile sehr gerne umsetzen würden! Demokratie kommt hier in Chile gerade im Alltag an: Unsere Kinder spielen inmitten des Lockdowns ihr eigenes Verfassungskonvent, spontan wird ein Tisch auf die Straße gestellt, Wahlzettel werden verteilt, die Nachbarn spielen mit und schon haben die Kleinen die Aufgabe der Partizipation angenommen und spielerisch umgesetzt. Deshalb freuen wir uns als enthusiastische Urbanisten, die spannenden Reflektionen über Governance und Partizipation, die ich im vhw kennengelernt habe, mit in unser Toolkit mitnehmen zu dürfen, um sie an diese nächste Generation weitergeben zu können.

Partizipations-Know-how aus chilenischer Perspektive



Frauke Burgdorff
Stadtbaurätin der Stadt Aachen

Zwischen Avantgarde und Wissenstransfer

Wer eine offene Tür für knifflige Themen, ein starkes Netzwerk für die Zusammenarbeit und tief geschürftes Wissen für die Planungspraxis sucht, ist beim vhw traditionell und aktuell gut aufgehoben. Das Profil des vhw entwickelt sich also aufgespannt zwischen inhaltlicher Avantgarde und Wissenstransfer für Praktikerinnen und Praktiker. Damit gilt für den vhw das, was Agnes Heller über Hannah Arendt gesagt hat: „Das Denken, das aus der Peripherie kommt, ist dynamisch.“ Möge es so bleiben!



■ Immer im Gespräch bleiben! Dozententreffen des vhw im November 2018

Verbandsarbeit ist Mannschaftssport

Vorstandsbüro



Außenkommunikation



Marketing



Bereichsleiter



Bundesgeschäftsstelle



Öffentlichkeitsarbeit



E-Learning



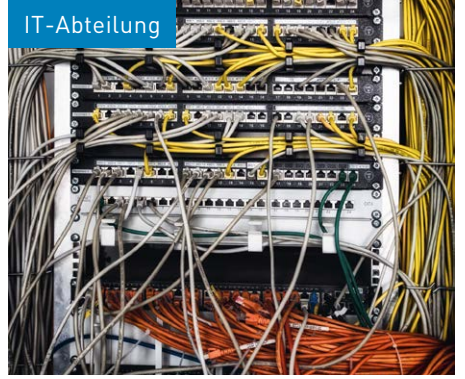
Kuratorium



Mitgliederversammlung



IT-Abteilung



Verbandsrat



Forschung



Fortbildung



Fortbildung



Modulverwaltung



Bibliothek



Seminarverwaltung



Geschäftsstelle Nord



Geschäftsstelle Baden-Württemberg



Geschäftsstelle NRW



Geschäftsstelle Bayern



Geschäftsstelle Ost



Geschäftsstelle Südwest



Hausservice



IMPRESSUM

Herausgeber:

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Fritschestr. 27-28
10585 Berlin
www.vhw.de

Redaktion:

Ruby Nähring, Dr. Frank Jost

Bildnachweise:

S. 6 bis S. 28 vhw, S. 31 vhw, S. 30 Preis Soziale Stadt 2008/2019 Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW), S. 35 vhw, S. 41 bis 47 vhw, S. 44 Designed by Freepik, S. 48 Designed by Freepik, S. 49, 51, 52 vhw, S. 55, 56 Rainer Floren, S. 57 Detlef Loch, S. 59 vhw, S. 61 Prof. Dr. Angela Dageförde, S. 62 Stadt Schönebeck, S. 63 Michael Flohr, S. 65 vhw, S. 66 bis 69 vhw, S. 74, 75 vhw, S. 78 vhw, S. 79, 80 vhw, S. 79–90 Designed by Freepik, S. 81 Prof. Dr. Heidi Sinning, S. 82, 83 vhw, S. 84 Ute Krüger; vhw, S. 85 Jörn Ehmke; vhw, S. 86 Prof. Elke Schlack, S. 87 Frauke Burgdorff; vhw

Gestaltung/Druck:

Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim

ISBN: 978-3-87941-821-3

Die Produktion der Broschüre erfolgte auf FSC®-zertifiziertem Papier klimaneutral.

